



**KLEINER  
LANDESPARTEITAG  
19.10.24**

**SPD** Soziale  
Politik für  
Dich.

# **ANTRAGSBUCH**

**Stadthalle Schweinfurt**

# Inhaltsverzeichnis

<b>LAT Leitantrag</b>		<b>1</b>
<b>LAT1</b>	<b>Landesvorstand</b>	
LAT1 Respekt für Leistung: Wir arbeiten, um den Alltag besser zu machen		
.....		<b>1</b>
<b>LAT2</b>	<b>Landesvorstand</b>	
LAT2 Die Mitmachpartei für Bayern.		
.....		<b>5</b>
<b>A Arbeit</b>		<b>9</b>
<b>A1</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern</b>	
A1 Bekenntnis zu einem starken Öffentlichen Dienst		
.....		<b>9</b>
<b>A2</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern</b>	
A2 Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie		
.....		<b>12</b>
<b>A3</b>	<b>AfA Bayern</b>	
A3 Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei öffentlichen Auftragsverfahren		
.....		<b>14</b>
<b>A4</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern</b>	
A4 Kitas am Limit: nachhaltige Stabilisierung des Kita-Systems		
.....		<b>15</b>
<b>P Partei, Struktur und Organisation</b>		<b>17</b>
<b>P1</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit</b>	
P1 Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern		
.....		<b>17</b>
<b>P2</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung in der BayernSPD (SPDqueer Bayern)</b>	
P2 Marginalisierten Gruppen echte politische Teilhabe ermöglichen		
.....		<b>19</b>
<b>P3</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern</b>	
P3 Organisationspolitik		
.....		<b>22</b>

<b>P4</b>	<b>SPD-Ortsverein Wassertrüdingen-Hesselberg</b>	
P4 Antrag nach §13 (4) des Organisationsstatuts für die Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD per Urwahl		
.....		<b>28</b>

**S Soziales, Gesundheit und Pflege** **29**

<b>S1</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern</b>	
S1 Inklusion als Menschenrecht ins Grundgesetz und Umsetzung der Forderungen des Ausschusses der UNO Staatenbericht 2023 Allgemeiner Teil		
.....		<b>29</b>
<b>S2</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern</b>	
S2 Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Zivil-, Not- und Katastrophenschutzplanes sowie Versorgungspläne speziell für Menschen mit Behinderung in Krisenzeiten		
.....		<b>32</b>
<b>S3</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern</b>	
S3 Bessere Teilhabe und Barrierefreiheit im Gesundheitswesen		
.....		<b>35</b>
<b>S4</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern</b>	
S4 Art- und Tiergerechte Mitnahme von Assistenz-hund-Mensch Gespannen		
.....		<b>37</b>
<b>S5</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern</b>	
S5 DEN KURS IN DER RENTENPOLITIK Korrigieren - Solidarisch und gerecht den Lebensstandard im Alter sichern - Rente mit 70 verhindern!		
.....		<b>39</b>

**I Innenpolitik, Justiz und Verfassungsfragen** **48**

<b>I1</b>	<b>SPD Unterbezirk Nürnberger Land</b>	
I1 Keine Jugendlichen mehr ins Gefängnis, bevor sie rechtlich beraten wurden		
.....		<b>48</b>
<b>I2</b>	<b>Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern</b>	
I2 Rechtsextremismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Betrieben bekämpfen		
.....		<b>50</b>
<b>I3</b>	<b>SPD Landesvorstand</b>	
I3 Die Demokratie ist wehrhaft! Rechtsstaatliche Mittel gegen die AfD nutzen		
.....		<b>51</b>

**W Wirtschaft, Finanzen und Entwicklungszusammenarbeit 54**

**W1** **Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern**  
W1 Zusammenhalt und Zukunft eine Chance geben: 111 Milliarden für die 2030er Jahre und ein neues Bündnis für Handwerk und Industrie  
..... 54

**W2** **Arbeitsgemeinschaft für Arbeit Bayern**  
W2 Kein Verkauf von staatlichem Eigentum zum Stopfen von Haushaltslücken - soziale Kriterien beim Verkauf von DB Schenker achten  
..... 56

**LAT Leitantrag**Antragsbereich LAT / Antrag LAT1

**AntragstellerInnen:** Landesvorstand

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

**LAT1: Respekt für Leistung: Wir arbeiten, um den Alltag besser zu machen**

Nach dem für die BayernSPD erneut nicht zufriedenstellenden Abschneiden bei der Landtagswahl 2023 beschloss der Kleine Landesparteitag eine Aufarbeitung. Eine Kommission und vor allem die Mitglieder auf unseren sieben Regionalkonferenzen haben sich konstruktiv mit der politischen Situation, den Stärken und Schwächen sowie Fehlern der letzten Jahre auseinandergesetzt und vor allem Vorschläge formuliert, wie wir in Zukunft besser werden können.

10

Wir werden die SPD in Bayern wieder zu einer Partei entwickeln, welche für die Wähler\*innen interessant ist, die für sie als Regierungspartei in Frage kommt und der sie zutrauen, Zukunft zu gestalten.

15

Wir brauchen eine allem zu Grunde liegende Erzählung, welche uns ausmacht, auf die sich alle Mitglieder berufen. Eine politische Grundidee, anhand derer wir politische Forderungen aufstellen und neue Fragen beantworten.

20

Die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie als Partei des Zukunftsoptimismus wahrgenommen wurde – als die Partei, die konkret das Leben der Menschen verbessert und für gesellschaftlichen Fortschritt steht. Wir wollen die BayernSPD wieder zu dieser Partei machen. Wir glauben, dass sozialer und ökologischer Fortschritt möglich ist und hinter den aktuellen Herausforderungen eine gute Zukunft liegt, die wir gestalten wollen.

30

Es geht nicht um naiven Optimismus. Fortschritt erfordert Arbeit, Veränderungen und politische Auseinandersetzungen. Unser Ziel ist es, dabei alle Menschen mitzunehmen und niemanden zu überfordern. Fortschritt muss ein besseres Leben für alle schaffen – nicht nur für Eliten.

35

Wir geben uns deshalb **ein** klares, langfristiges Profil, welches wir über mehrere Jahre verfolgen wollen.

#### Politik für die vielen Leistungsträger\*innen des Alltags

40

Wir erkennen die enorme Leistung der Menschen in Bayern an. Aber Leistung bemessen wir nicht an der Anzahl von Überstunden. Leistung bemessen wir nicht am Kontostand.

45

Libérale, Konservative, Neoliberale und Rechtsextreme bemessen Leistung nach der Höhe des Vermögens oder des Einkommens. Ihre Programme und konkrete Politik vergrößern die soziale Ungleichheit, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch für unsere Volkswirtschaft schädlich ist.

50

Die echten Leistungsträger\*innen sind diejenigen, welche die Herausforderungen ihres Alltags bewältigen und mit ihrer täglichen Arbeit oder ihrem ehrenamtlichen Engagement Bayern lebenswert und zukunftsfähig machen. Die, die jeden Tag arbeiten, in die Schule gehen oder studieren; die für andere in der Familie (was nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird) und darüber hinaus Verantwortung übernehmen; die, die nach ihrem Arbeitsleben jetzt im Ruhestand sind; diejenigen, welche mit Herausforderungen kämpfen müssen und ihre Tage meistern. Für die wollen wir kämpfen, für all diejenigen, die den Zusammenhalt erarbeiten und stärken. Aber auch die, die nach einem Jobverlust dafür kämpfen, wieder in Arbeit zu kommen.

60

Leistungsträger\*innen sind zum Beispiel diejenigen, die ihren Beruf und Haushalt unter einen Hut bringen müssen, und die gute öffentliche Bildungs- und Betreuungsangebote brauchen. Es sind die Alleinerziehenden, die arbeiten gehen und zusätzlich Bürgergeld beziehen müssen, weil der Lohn nicht zum Leben reicht. Die, welche selbst Angehörige pflegen. Die, die eine neue Wohnung finden und umziehen müssen. Diejenigen, welche sich mit harter Arbeit ein Eigenheim erarbeitet haben und es erhalten wollen. Die, die mit dem Bus in die Uni fahren oder die ein Auto brauchen, um zum Sportverein zu kommen. Leistungsträger\*innen sind die vielen Unternehmer\*innen, die in dem strukturellen Wandel ihre Betriebe zukunftsfest aufstellen oder neue, innovative Unternehmen gründen wollen und dazu auf gute Rahmenbedingungen angewiesen sind. Leistungsträger\*innen sind die vielen ehrenamtlich Tätigen in Sozialverbänden, Sportvereinen, Glaubensgemeinschaften oder gemeinnützigen Organisationen, ohne die unser Freistaat nicht funktionieren würde und die mehr Anerkennung und Unterstützung brauchen.

75

80 Gemeinsam mit all diesen echten Leistungsträger\*innen, werden wir den

Bayer\*innen Sicherheit und Zuversicht in Zeiten von Veränderungen und Herausforderungen geben. Dazu gehört auch, die Lastenverteilung in der Gesellschaft gerecht aufzustellen. Die Belastung der Mittleren Einkommen ist zu hoch, während die Besteuerung der hoch Vermögenden zu gering ist.  
 85 Die Schere zwischen Arm und sehr Reich geht immer weiter auseinander. Wir werden dafür kämpfen, dass es nicht die Leistungsträger\*innen des Alltags sind, die die Gesellschaft finanzieren, sondern die, die es sich leisten können.

90 Die vielen Herausforderungen des Alltags lassen viele oft pessimistisch auf die Welt blicken. Aber wir versprechen: Wir sehen die Schwierigkeiten, wir sehen, was geleistet wird und gemeinsam mit allen, die diese Herausforderungen meistern, kämpfen wir für eine gute Zukunft, in der es wieder leichter wird.

95

#### Wir suchen das Gemeinsame: Solidarität statt Spaltung

Bayern ist ein vielfältiges und starkes Land. Unser Wohlstand ist von der Arbeit seiner Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie seiner Unternehmen, seiner starken Zivilgesellschaft und der  
 100 vielen ehrenamtlich Tätigen geschaffen.

Aber: Auch in Bayern wird der Alltag für viele Menschen immer schwieriger. Die politische Debatte ist aktuell geprägt von einem Gegeneinander:  
 105 Arbeitnehmer\*innen gegen Bürgergeldempfänger\*innen, Alte gegen Junge, Migrant\*innen gegen „Deutsche“, Männer gegen Frauen, Stadt gegen Land, Ost gegen West. Und auch innerhalb der SPD gibt es dazu verschiedene Positionen.

110 All diese Aussagen machen einen großen Fehler: Sie spalten statt zu vereinen. Sie stellen Menschen einander gegenüber, die viel mehr vereint als sie trennt. Unsere Antwort ist deshalb klar: Wir suchen das Gemeinsame, das unsere Gesellschaft verbindet.

#### 115 Wir geben der BayernSPD ein Zukunftsprogramm

Wir müssen die verlorenen Kompetenzwerte für die BayernSPD vor allem in den Feldern wiederherstellen, die für potentielle Wähler\*innen der Sozialdemokratie den Unterschied machen. Wir müssen unsere Programmatik auf  
 120 die Leistungsträger\*innen des Alltags ausrichten, in allen Themenfeldern, z.B. Arbeit und Soziales, Wohnen, Gleichwertige Lebensbedingungen überall im Land, Bildung, Familie, Gesundheit und Pflege.

Wir versprechen nicht einfach nur schlicht “die Welt wird schön”, ohne uns  
 125 damit auseinanderzusetzen, dass gesellschaftlicher, sozialer und ökologi-

scher Fortschritt immer auch mit harter, langfristiger Arbeit verbunden ist, die Veränderungen mit sich bringen wird. Aber unser Versprechen ist, dass niemand Angst vor Veränderungen haben muss.

- 130 Sozialdemokratische Politik, die begeistern und überzeugen will, muss konkrete politische Konzepte entwickeln, die am Alltag der echten Leistungsträger\*innen anknüpfen.

135 Bis zum Landesparteitag 2025 werden wir in einem Arbeitsprogramm mit einem konkreten Zeitplan verbunden deutlich machen, wie wir die Basis für die Landtagswahl 2028 schaffen. Ausgangspunkt für die einzelnen Themen ist dabei jeweils die Realität für die Leistungsträger\*innen des Alltags. Es funktioniert nicht, hochwertige und verlässliche flächendeckende Kinderbetreuung kurzfristig zu versprechen, wenn klar ist, dass es über Jahre zu wenig Erzieher\*innen geben wird – und das ist nur eines von vielen Beispielen, wo unsere politische Zielsetzung mit der Realität kollidiert. Es ist unsere Aufgabe, diese Konflikte zwischen Zielen und Realität schlüssig und verständlich aufzulösen und aufzuzeigen, wie der Weg von der Gegenwart in die Zukunft funktionieren wird. Dafür braucht es klare Verantwortlichkeiten und klare Prozesse.

An der Erstellung erster konkreter Punkte für ein Zukunftsprogramm bis zum Landesparteitag 2025 beteiligen wir die Untergliederungen der Bayern-SPD und die Mitglieder. Hierfür werden wir konkrete Thesen formulieren, die den Diskussionsprozess strukturieren sollen. Streitthemen wie Frieden, Sozialstaat, Migration etc. werden wir nicht aus dem Weg gehen. Wir werden sie anhand unserer Werte und Vorstellungen beantworten.

155 Die BayernSPD kämpft gemeinsam für die Verbesserung des Alltags der echten Leistungsträger\*innen

160 In der Vergangenheit haben wir zu viel gegeneinander und zu wenig miteinander gekämpft. Damit ist jetzt Schluss. Wir hören uns gegenseitig mehr zu und nehmen uns gegenseitig Ernst. Wir erarbeiten uns Vertrauen und schaffen Geschlossenheit nicht durch Verordnung, sondern durch Einbeziehung, Teilhabe und Vorbild.

165 Nur die Sozialdemokratie kümmert sich um die echten Held\*innen unserer Gesellschaft und nur wir können den Alltag der Menschen wirklich verbessern. Das wird viel Arbeit, aber wir sind bereit.

Wir nehmen den Kampf wieder auf. Die bayerische Sozialdemokratie kämpft stolz. Und wenn wir alle gemeinsam kämpfen, dann gewinnen wir!



Antragsbereich LAT / Antrag LAT2

**AntragstellerInnen:** Landesvorstand

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

**LAT2: Die Mitmachpartei für Bayern.**

In den kommenden Jahren wollen wir unser Profil als BayernSPD nach außen und nach innen konsequent und klar schärfen. Unser größtes Pfund dafür sind unsere rund 50.000 engagierten Mitglieder. Wir wollen sie in Zukunft noch früher, besser und umfangreicher beteiligen. Dies wurde auch auf den  
5 Regionalkonferenzen deutlich und muss sich ändern.

Die Parteistrukturen in den Gliederungen sind ein zentraler Ort der Beteiligung unserer Mitglieder. Unser Ziel als BayernSPD ist es, die Arbeit vor Ort bestmöglich durch die neue hauptamtliche Struktur aus den in den  
10 Bezirken konzentrierten Teams sowie dem neuen Servicecenter des Landesverbandes zu unterstützen. Wir stellen dafür ein breites, aber zielgerichtetes Fortbildungs- und Schulungsangebot zur Verfügung.

Eine zentrale Rolle wird hierbei der BayernSPD-Campus einnehmen. Über  
15 den Campus werden wir kontinuierlich Angebote machen, die die innerparteiliche Organisation, die Kommunikation nach außen und die Schwerpunkte unserer inhaltlichen Arbeit umfassen und jeweils aktuelle Herausforderungen, wie derzeit die Vorbereitung der Bundestagswahl und der Kommunalwahl, berücksichtigen. Wir setzen dabei auf die Kompetenz  
20 unserer Ehrenamtlichen und gleichzeitig auf externe Expertise und werden die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation ebenso nutzen, wie die Vorteile von Angeboten in Präsenz. Wir werden das feste Programm des BayernSPD-Campus mit einem Angebot an Rufseminaren, auf das die Gliederungen zurückgreifen können, ergänzen.

25

Im Rahmen der Neuordnung unserer hauptamtlichen Strukturen werden wir genaue Zuständigkeiten für Haupt- und Ehrenamt formulieren und eine Servicestelle für OV-, KV- und UB-Vorstände einrichten. Zusätzlich werden wir Leitfäden für die verschiedenen ehrenamtlichen Aufgaben in der Partei  
30 entwickeln. Durch diesen Prozess werden die Arbeit der Gliederungen weiter vereinfacht und auch die noch offenen Punkte des auf dem Parteitag 2021 verabschiedeten organisationspolitischen Leitantrags so schnell wie möglich umgesetzt. Der Neuordnungsprozess muss als Chance genutzt werden, um zu einer effektiveren Parteiarbeit und -struktur zu gelangen.

35

In der SPD werden wir nicht immer einer Meinung sein. Das ist auch gut so, denn wir vertreten Menschen mit verschiedenen Hintergründen und Interessen. Es muss uns dennoch gelingen, geschlossen aufzutreten. Dafür wollen wir Räume schaffen, in denen wir die politischen Fragen in der Sache  
40 gemeinsam debattieren und uns auch streiten können, am Ende aber zu gemeinsamen Entscheidungen kommen, ohne unsere Differenzen nach außen zu tragen. Am Ende gewinnen wir im Team nur dann, wenn wir auch im Team spielen.

45 Deshalb setzen wir auf den kontinuierlichen Austausch mit allen, die für die BayernSPD aktiv sind: Unseren Funktionär: innen und Mitgliedern, unseren Abgeordneten und unseren Kommunalpolitiker: innen. Unsere Bürgermeister: innen und die Kommunalpolitiker: innen werden wir stärker ins Zentrum unserer Parteiarbeit rücken. Sie sind vor Ort genau diejenigen,  
50 welche die Sorgen, Nöte und Zukunftswünsche der Menschen tagtäglich miterleben. Sie sind es zugleich, die vor Ort Verbesserungen erreichen können. Gemeinsam werden wir unser Profil herausarbeiten und unsere Ideen in die Breite tragen. Dabei setzen wir auf schnelle und transparente Kommunikation. Dafür werden wir auch die Datenschutzrichtlinien für die  
55 innerparteiliche Arbeit auf ihre Praxistauglichkeit prüfen und wo nötig, dem Parteivorstand Änderungen vorschlagen.

Den Gliederungen vor Ort kommt eine besondere Bedeutung für die Mitarbeit der Basis in der Partei zu. Wir werden den Austausch mit ihnen  
60 deshalb verstetigen und intensivieren. Wir werden weiterhin einmal im Quartal Online-Konferenzen der Landesspitze mit den Ortsvereins-, Kreis- und Unterbezirkvorsitzenden durchführen und dabei auch die Spitzen der Landesgruppe, der Landtagsfraktion und der kommunalen Familie einbeziehen. Zusätzlich werden wir kurzfristig Online-Angebote mit unse-  
65 ren Mandatsträger: innen zu aktuellen politischen Themen anbieten. Wir werden prüfen, wie wir auch Präsenzangebote für die Ortsvereins-, Kreis- und Unterbezirkvorsitzenden zur politischen Beteiligung der Gliederungen, mit Vernetzungs- und Schulungsangeboten machen können.

70 Wir wollen unsere Parteitage zu zentralen Veranstaltungen für die gesamte Partei weiterentwickeln und ihr Programm deshalb, wo möglich, mit attraktiven Formaten für die Beteiligung aller Mitglieder und der Bürgerinnen und Bürger ergänzen. Zusätzlich prüfen wir, welche Angebote an direkten Veranstaltungsformaten wir der Basis für Austausch und Teilhabe machen  
75 können.

Bei der Erarbeitung unserer inhaltlichen Positionen, wie etwa des Landtagswahlprogrammes, beziehen wir künftig die OV/UB/KV-Konferenzen, die Arbeitsgemeinschaften und die SGK stärker mit ein.

80

Mit inhaltlichen Kampagnen zwischen den Wahlkämpfen und der Bereitstellung entsprechender Materialien, Aktions- und Veranstaltungsvorschlägen oder Musteranträgen werden wir die Mitglieder stärker aktivieren.

85 Dafür werden wir unsere Informationsplattform (Rotes Netz Bayern) weiterentwickeln und dabei sowohl einen Fokus auf die Technik (Nutzung als App) als auch die politische Beteiligung legen, oder ein entsprechendes Angebot der Bundespartei nutzen.

90 Mit einer Mitgliederinitiative werden wir unsere Mitglieder wieder für eine stärkere Mitarbeit aktivieren, und mit regelmäßigen Kampagnen zur Mitgliederwerbung wollen wir neue Mitglieder für unsere Partei gewinnen.

Wir prüfen regelmäßig, welche Maßnahmen wirksam sind und welche nicht  
95 und werden ggf. nachsteuern.

#### Unser Platz ist bei den Menschen!

100

Zur Mitmachpartei gehört auch die eine noch stärkere Öffnung zu den Menschen in Sport, Feuerwehr, Kultur, Religion, in ihrem Alltag und an ihren Arbeitsplätzen. Wir alle formen Bayern, ob direkt durch die Arbeit in politischen Parteien oder im gesellschaftlichen Leben. Wir werden das  
105 Gespräch mit unseren verlorenen Wähler: innen suchen. Dazu werden wir in jedem Regierungsbezirk eine Dialogtour anbieten, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, frei nach dem Motto „Sie haben nicht die SPD gewählt? Lassen Sie uns reden“. Hierfür analysieren wir gezielt den Verlust von Wähler: innen (z.B. in bestimmten Stadtteilen, Landkreisen, etc.) und  
110 begeben uns mit Unterstützung der örtlichen SPD-Gliederungen genau dorthin.

Vor Ort sind wir erfolgreich. Unseren erfolgreichen Kommunalpolitiker: innen kommt in unserer politischen Arbeit und bei der Erarbeitung unseres  
115 Profils eine herausgehobene Bedeutung als Impulsgeber und erfahrene Anpacker: innen vor Ort zu: sie stehen direkt bei den Menschen, kennen deren Lebensrealitäten und Bedürfnisse am besten und können genau sagen, was für das gute Leben gebraucht wird. Sie werden wir aktiver in die Positionsfindung der Partei einbeziehen.

120

Wir müssen unsere Präsenz in den Betrieben und an den Arbeitsplätzen nutzen und ausbauen. Langfristiges Ziel muss sein, dass jedes SPD-Mitglied auch Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft ist und andersherum. Wir werden auf Betriebsversammlungen, in Betriebsgruppen und in die Gewerkschaften  
125 gehen, um die Anliegen der arbeitenden Menschen optimal aufgreifen zu

können. Ein erster Schritt wird sein, den Gewerkschaftsrat zu reaktivieren. Wir rufen unsere Mitglieder auf, sich auf ehrenamtliche und hauptamtliche Positionen in den Gewerkschaften zu bewerben und in den Gremien aktiv zu werden.

130

Wir müssen reden: Dialog mit der Partei und mit der Gesellschaft

Wenn der Ton rauer wird, müssen wir mehr und nicht weniger miteinander reden. Der Dialog in der Partei und mit der Gesellschaft ist wesentlich für die politische Arbeit: Wir müssen alle Stimmen hören, ohne dass wir uns deshalb alle Stimmen zu eigen machen. Wir gehen in den Dialog in der Partei mit den Verbänden und der Wissenschaft und vor allem auch weiterhin mit den Bürger:innen.

Die BayernSPD wird gerne und mit Mut zu den Menschen gehen. Wir werden gemeinsam mit der Partei – den Mitgliedern, den Gliederungen und den Abgeordneten – Formate und Themen definieren, Gesprächspartner\*innen für Veranstaltungen vor Ort anbieten, aber auch entsprechende Formate und Aktivitäten einfordern.

145

Den Verbändedialog, der für das Landtagswahlprogramm begonnen wurde, werden wir weiterführen.

Wir werden unsere Untergliederungen unterstützen, wenn sie ihre Strukturen für die Basis und Nicht-Mitglieder öffnen möchten.

150

All das wird nicht in zwei Jahren möglich sein, ist jedoch für eine erfolgreiche Parteiarbeit notwendig und zügig zu verfolgen.

155

## A Arbeit

### Antragsbereich A / Antrag A1

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft für Arbeit

Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Bundesparteitag Bundestagsfraktion Landtagsfraktion  
Die zuständigen sozialdemokratischen Bundesminister

### **A1: Bekenntnis zu einem starken Öffentlichen Dienst**

Wir fordern die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen, insbesondere die SPD-Vertreter in Bundes- und die Landesregierungen sowie in den kommunalen Verwaltungen auf, massiv in die materielle und personelle Ausstattung des öffentlichen Dienstes zu investieren.

5

Die SPD-Vertreter\*innen haben bei Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst darauf hinzuwirken, dass die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes erheblich gesteigert wird. Daher müssen insbesondere in Sachen Entgelt, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen massive Verbesserungen erzielt werden, um das bestehende Personal zu halten und neues zu gewinnen und so die Zukunftsfähigkeit der öffentlichen Hand, die Handlungsfähigkeit des Staats und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands aufrechterhalten zu können.

10

15 Die Transformation der Wirtschaft, die Modernisierung der Infrastrukturen, der Abbau von Bürokratie, die Daseinsvorsorge und moderne und gerechte Verwaltungen brauchen einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst. Um dies sicherzustellen, bedarf es dringend notwendiger Investitionen. Die großen Herausforderungen an das Personal müssen sich in Form von Entlastung sowie angemessenen Entgelt und Arbeitsbedingungen niederschlagen.

20

Deshalb müssen die SPD-Vertreter\*innen der öffentlichen Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen bereits zu Verhandlungsbeginn einen fachlich angemessenen und konsensfähigen Vorschlag in die Verhandlungen einbringen, anstatt zunächst ihre Beschäftigten leeren Händen zu brüskieren. Die SPD-Vertreter\*innen der öffentlichen Arbeitgeber haben in den Verhandlungen konstruktiv darauf hinzuwirken, dass ein tragfähiger und wertschätzender Konsens mit der Arbeitnehmenseite zustande kommt, der eine zukunftsfähige Antwort auf Überlastung und Personalnot und eine

25

30 Bekenntnis für einen handlungsfähigen Öffentlichen Dienst gibt.

Die Verantwortlichen in Kommunen, Ländern und im Bund haben darüber hinaus gesetzgeberisch und durch Verwaltungshandeln dafür Sorge zu tragen, dass der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle, was Attraktivität, 35 Entgelt, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und Arbeitsbedingungen angeht, einnimmt. Das gilt ebenso für Weiterbildung und Aufstiegsmöglichkeiten. Angesichts der vielfältigen Zukunftsaufgaben brauchen die Kolleg\*innen außerdem personelle Verstärkung.

40 Alle staatlichen Ebenen sind gefordert, eine gesellschaftliche Debatte über die Zukunft des öffentlichen Dienstes zu eröffnen. Es darf nicht hingenommen werden, diesen als Last für Wirtschaft und Gesellschaft abzuqualifizieren. Der Öffentliche Dienst ist das Fundament unseres Staates.

#### 45 **Begründung**

Der öffentliche Dienst steht in Anbetracht des demografischen Wandels und des akuten Fachkräftemangels vor großen Herausforderungen: im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen sind aktuell insgesamt über 300.000 Stellen unbesetzt. In Großstädten mit mehr als 50 500.000 Einwohnern waren im Herbst 2023 bis zu 30 Prozent der Stellen nicht besetzt. In den nächsten zehn Jahren müssen, da viele Beschäftigte altersbedingt ausscheiden, rund 1,4 Millionen Stellen neu besetzt werden. Dieser voraussehbare Personalnotstand gefährdet die Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung.

55

Im Gegensatz zu anderen Ländern investiert Deutschland relativ wenig in den Öffentlichen Dienst. Im Vergleich zu anderen EU-Staaten erbringt der deutsche öffentliche Dienst seine der Leistungen mit einem der geringsten Beschäftigtenanteil an der Gesamtbeschäftigung. Die mehr als fünf Millionen Beschäftigten haben den Staat allen Widrigkeiten zum Trotz während der Pandemie funktionsfähig und am Laufen gehalten. Dies verdient nicht nur unser aller Respekt, sondern auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Sie brauchen dringend Verstärkung. Ein derartiges Leistungsniveau lässt sich aber angesichts der anstehenden Zukunftsaufgaben und des demographischen Wandels ohne Investitionen in Ausstattung und vor allem in qualifiziertes Personal nicht aufrechterhalten. Im Öffentlichen Dienst knirscht es an allen Ecken und Enden. Ob in Kitas, Krankenhäusern, der Verwaltung oder bei den Stadtwerken: Personalmangel, Arbeitsverdichtung, fehlende Investitionen oder schlecht durchgeführte Digitalisierungsprozesse führen dazu, dass der Druck auf die Beschäftigten steigt. Selbst für 60 70 Führungsposten wird es immer schwerer, Personal zu finden.

Dieser Fachkräftemangel schlägt sich nicht nur auf die Dienstleistungsqualität nieder, sondern hemmt auch das Wachstum: Genehmigungsverfahren, 75 Digitalisierung oder Entwicklungsprogramme kommen nur schleppend langsam voran und Zukunftsprojekte verzögern sich teilweise um Jahre.

Die sinkende Attraktivität der Arbeitsplätze und der Personalnotstand sind das Ergebnis fiskalpolitischer Entscheidungen vergangener Jahre. Hier muss  
80 gehandelt werden und eine bedarfsgerechte Finanzausstattung erfolgen.

Um unser Land zukunftsfähig bleibt – sei es Daseinsvorsorge, Digitalisierung, Energiewende oder Transformation – müssen die notwendigen Modernisierungen dringend angepackt werden! Innovationen und Investitionen dürften nicht länger aufgeschoben werden. Es brauche neue Trassen,  
85 um die Verkehrs- und Energiewende voranzubringen. Investiert werden müsse ins Gesundheitssystem und in die Sicherheit. Daher braucht es massive Investitionen in die Stärkung des öffentlichen Dienstes, um diese Projekte voranzubringen. Die öffentliche Hand muss nachhaltiger finanziert  
90 und personell besser ausgestattet werden. Spätestens seit Pandemiebeginn ist der Öffentliche Dienst an seiner Belastungsgrenze angelangt, was sich nicht nur in steigenden Mehrarbeitszeiten, sondern auch in zunehmenden Wartezeiten für Privat- und Geschäftskunden manifestiert. Planungs- und Genehmigungsverfahren dürfen keine langen Jahre mehr in Anspruch  
95 nehmen und Zukunftsinvestitionen verhindern.

Auch auf der Einnahmenseite sind Investitionen in Personal unabdingbar. Dem deutschen Staat entgehen beispielsweise alleine wegen Steuerhinterziehung im Jahr geschätzt 125 Milliarden Euro an Einnahmen – Geld, das  
100 dem Staat wegen zu wenig Personal verloren geht!

Ein Staat, der die Herausforderungen der Zukunft bewältigen soll, braucht einen funktionsfähigen Öffentlichen Dienst. Er muss diesen entsprechend finanziell ausgestattet sein und große Anstrengungen und Investitionen tätigen, um mit attraktiven Arbeitsbedingungen neues Personal zu gewinnen.  
105 Daher muss sich die SPD für bessere und wettbewerbsfähige Entgelte, aber auch für bessere Arbeitsbedingungen für eine höhere Attraktivität der Arbeitsplätze einsetzen.

## Antragsbereich A / Antrag A2

**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft für Arbeit  
Bayern*

### **A2: Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie**

Die Situation in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist noch immer unzureichend. Eine Grundvoraussetzung für die Erwerbstätigkeit von Eltern ist eine ausreichende Bereitstellung von zuverlässigen, kostengünstigen und mit qualitativ hochwertigen Bildungs- und Betreuungsangeboten.

5 Wir fordern die bayrische Staatsregierung durch die BayernSPD und die SPD-Landtagsfraktion auf, insbesondere folgende Leistungen für Eltern durch die Kommunen bereitzustellen:

- 10 • eine ausreichende Anzahl an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen, aber auch die Möglichkeit der Betreuung von Kindern an weiterführenden Schulen
- 15 • die vollständige Finanzierung der Einrichtungen sowie die beitragsfreie Teilnahme jedes Kindes
- 20 • ein effizientes Platzvergabeverfahren, um wohnortnah und zuverlässig einen Betreuungsplatz sicherzustellen
- 25 • die Umsetzung effektiver Maßnahmen, um der Personalnot entgegenzutreten, etwa durch Aus- und Fortbildung, Anwerbungen, bessere Bezahlung oder gestellte Wohnungen für Beschäftigte
- 30 • die Sicherstellung der Qualität der Einrichtungen durch eine regelmäßige Prüfung und Evaluierung mind. alle 2 Jahre
- 35 • Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten, bei allen arbeitsorganisatorischen und strukturellen Fragen insbesondere hinsichtlich einer partizipativen Pädagogik
- die barrierefreie Gestaltung der Einrichtungen



- eine gute Anbindung der Einrichtungen für das selbstständige Erreichen durch Schulkinder, sei es durch Ortsnähe oder mit ÖPNV

40 **Begründung**

Es ist für unsere Kinder essenziell, dass die Weichen richtiggestellt werden. Dazu gehören eine altersgerechte Betreuung und Förderung. Für Eltern, die arbeitstätig sind, speziell Alleinerziehende, ist es schwer, dieses zu leisten.

- 45 Eine altersgerechte, zuverlässige und kostengünstige Betreuung fördert die Entwicklung der Kinder im sozialen Umfeld, mildert aber auch die Doppelbelastung von Beruf und Familie bei den Eltern und führt damit zu besseren Arbeitsergebnissen und einer höheren Zufriedenheit. Nicht zuletzt trägt sie zu der Geschlechtergerechtigkeit bei, da immer noch in den meisten Fällen
- 50 die Frau für die Betreuung der Kinder zuständig ist.

### Antragsbereich A / Antrag A3

**AntragstellerInnen:** AfA Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

## **A3: Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei öffentlichen Auftragsverfahren**

Die SPD fordert, dass Tarif-, Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards bei allen öffentlichen Auftragsverfahren gelten müssen.

Unabhängig derzeit fehlender gesetzlicher Bedingungen in Bayern und im  
5 Bund können auf Kommunalen Ebene (Städte/Landkreise und Bezirke) dazu Vergaberichtlinien beschlossen werden.

Deshalb fordert die SPD ihre Stadtrats- Kreistagsfraktionen sowie die Be-  
zirkstag Fraktion auf, entsprechende Anträge (Siehe Musterantrag im An-  
10 hang als Orientierungshilfe) in ihren jeweiligen Städten/Gemeinden Land-  
kreise und Bezirke einzubringen.

### **Begründung**

Städte, Gemeinden, Länder und der Bund geben jedes Jahr Milliarden aus  
15 für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Dienstwagen und vieles  
mehr. Sie müssen ihre Marktmacht nutzen und Vorbild für die Gesamte  
Wirtschaft sein. Die Auftragsvergabe soll sich an sozialen und ökologischen  
Standards orientieren. Also am Gemeinwohl, da es schließlich um die  
Verwendung von Steuergeldern geht. Die Europäische Union hat schon  
20 2014 in einer Richtlinie ökologische und soziale Kriterien aufgewertet und  
klargestellt, dass sie nicht „vergabefremd“, sondern legitim sind. Das 2016  
in Deutschland geänderte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen  
eröffnet Möglichkeiten, solche Kriterien zu berücksichtigen. Da Bayern  
neben Sachsen das einsitzige Bundesland ist, in dem kein Tariftreue- und  
25 Vergabegesetz besteht. Damit jedoch trotzdem künftig Mindestbedingun-  
gen eingehalten werden, können kommunale Vergaberichtlinien beitragen.

Deshalb sollte die kommunalen SPD-Fraktionen in ihren jeweiligen kommu-  
nalen Parlamenten die kommunale Vergaberichtlinien einbringen und be-  
30 schließen.

Antragsbereich A / Antrag A4

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft für Arbeit  
Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag  
Bundesparteitag Bundestagsfraktion Landtagsfraktion

**A4: Kitas am Limit: nachhaltige Stabilisierung des Kita-Systems****Wir fordern:**

- 5 • Maßnahmen zur Stabilisierung des bestehenden Kita-Systems vor allem durch Verbesserung des Personalschlüssels, Ausbau von Mitgestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten,
- 10 • Stopp des Abbaus der Qualitätsstandards: u.a. durch Verkleinerung der Gruppengrößen und ausschließliche Anrechnung von qualifiziertem Personal
- 15 • Bundesweiter Kita-Gipfel von Bund, Ländern, Kommunen und Gewerkschaften
- Umbau der Erzieher\*innenausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz einschließlich der Fort- und Weiterbildung,
- 20 • Planvoller Kita-Ausbau einschließlich entsprechender Qualitätsstandards und pädagogischer Konzepte
- Arbeitszeit- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Familien sowohl der Nutzenden als auch der Beschäftigten.

**25 Begründung**

Das bestehende System der Kitas und seine Beschäftigten sind am Limit. Schlechte Personalschlüssel und Fachkräftemangel machen den Einrichtungen immer mehr zu schaffen. Die Personaldecke in allen Kitas wird immer dünner, der Personalmangel wächst stetig und die Belastungen für die Beschäftigten werden immer größer. Daher müssen Bund, Länder und Kommunen auf Grund der desolaten Situation das aktuell bestehende  
30 Kita-System dringend grundlegend überarbeiten.

Die aktuelle Situation hat dramatische Folgen: Die Beschäftigten sind  
35 an ihrer Belastungsgrenze. Sie erkranken häufiger, fallen aufgrund von  
Burnout lange Zeit aus oder verlassen das Arbeitsfeld Kita. So kann es nicht  
weitergehen. Vor dem weiteren Ausbau der Kitas muss an erster Stelle die  
Forderung nach einer nachhaltigen Stabilisierung des Kita-Systems stehen,  
damit die Abwärtsspirale durchbrochen wird. Die Arbeit in den Kitas darf  
40 nicht krank machen.

Die Qualität der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung durch  
gute Fachkraft-Kind-Schlüssel und gut ausgebildetes Personal müssen in  
den Fokus. Frühkindliche Bildung in einem stabilen Kita-System ist die  
45 Grundlage für Bildungsgerechtigkeit, für eine funktionierende Wirtschaft  
und eine demokratische Gesellschaft. Kitas dürfen keine reine Verwahrn-  
stalt werden; die Kitas sind in der jetzigen Situation kaum mehr in der Lage,  
den an sie gestellten dringend nötigen Bildungsauftrag zu erfüllen.

Ländern und Kommunen gelingt es schon lange nicht mehr, die Rechtsan-  
sprüche der Eltern auf Erziehung, Bildung und Betreuung einzulösen und  
für Verlässlichkeit zu sorgen. Deshalb müssen familien- und arbeitsmarkt-  
politische Maßnahmen ergriffen werden, die Eltern die Vereinbarkeit von  
Familie und Beruf ermöglichen. Der Bund profitiert maßgeblich von den  
55 Steuereinnahmen durch die Beschäftigung der Eltern. Er ist daher in der  
Pflicht, sich dauerhaft und in einem relevanten Umfang an der Finanzierung  
und der fachlichen Weiterentwicklung des Systems Kita genauso wie an der  
sozialpädagogischen Ausbildung zu beteiligen.

Bund, Ländern und Kommunen müssen einen Plan verfolgen, wie der  
zukünftige Ausbau der Kindertageseinrichtungen und des Ausbildungssys-  
tems, einschließlich der Weiterbildung von Lehrkräften, gelingen und solide  
finanziert werden kann. Die Stabilisierung des Systems und der geplante  
Ausbau der Kitas funktionieren nicht ohne den Stufenplan zum Aufbau  
65 des nötigen Fachpersonals. Beides muss miteinander synchronisiert werden.

Letztendlich ist es wichtig, mit Perspektive auf den wachsenden Fachkräf-  
temangel auf dem gesamten Arbeitsmarkt einen gesellschaftlichen Diskurs  
darüber zu führen, wie Erwerbs – und Sorgearbeit in unserer Gesellschaft  
70 verteilt werden und was uns als Gesellschaft das Aufwachsen unserer Kin-  
der wert ist.

## P Partei, Struktur und Organisation

### Antragsbereich P / Antrag P1

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft für Arbeit

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Bundesparteitag

### **P1: Richtlinien für Arbeitsgemeinschaften in der SPD verbessern**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Arbeitsgemeinschaften nehmen innerhalb der SPD besondere Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit wahr. Sie stehen als Bindeglied zu den jeweiligen  
5 gesellschaftlichen Gruppen, die sich in den politischen Bereichen engagieren. Sie verfügen über Fachkompetenz in ihren jeweiligen Themenfeldern und haben vielfältige Kontakte in diese Bereiche. Das muss konstruktiv für die Arbeit der SPD weiter genutzt und sogar verstärkt werden. Viele der bestehenden elf Arbeitsgemeinschaften sind im Unterschied zu anderen  
10 bundesweiten Zusammenhängen in der SPD von der Mitgliederbasis bis zur Bundesebene durch Wahlen und Delegationssysteme demokratisch legitimiert. Ihr Aufbau und ihre Aufgaben regelt der Parteivorstand durch Richtlinien. Im Jahr 2020 wurde eine neue Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften beschlossen. Die neue Richtlinie mit erheblichen Einschnitten und  
15 Strukturveränderungen für die AGen schädigt die Schlagkraft der gesamten Partei.

Es sollte alles versucht werden, gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften Möglichkeiten zu finden, um die Arbeitsfähigkeit der AGen zu stärken und  
20 auszubauen und damit die Außenwirkung und Bindungskraft unserer Partei über unsere Verankerung zum Beispiel bei den Frauen, in der Arbeitnehmerschaft, in bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen, Milieus und Altersgruppen erheblich zu verbessern.

25 Wir fordern den Landesvorstand der SPD in Bayern auf, sich für eine Verbesserung der Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu deren Stärkung einzusetzen. Gleichzeitig fordern wir den Vorstand der SPD sowie den Bundesparteitag auf, die Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften zu verändern, damit diese ihre besonderen Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit  
30 wahrnehmen und die SPD-Arbeit auch zukünftig noch stärker unterstützen können.

**35 Insbesondere fordern wir:**

- Die Bundeskonferenzen und Sitzungen der Bundesvorstände sollen nicht ausschließlich im WBH in Berlin durchgeführt werden. Sitzungsintervalle erhöhen. Die Einschränkungen bei den Sitzungsintervallen und die  
40 Verpflichtung, in Berlin zu tagen, bedeuten im Ergebnis Abgehobenheit und regionale Ungleichgewichte. Der Wegfall von Möglichkeiten, sich regional, bzw. vor Ort zu repräsentieren, statt im WBH unterzutauchen vermindert die Außenwirkung und Werbungsmöglichkeit der Partei
  
- 45 • Delegiertenzahlen für die Bundeskonferenzen erhöhen und Vorstände so erhöhen, dass alle 16 Länder ordentlich vertreten sind. Die Ausdünnung der Delegiertenbasis und der Vorstände reduziert die Repräsentativität und Kommunikationsmöglichkeiten erheblich.
  
- 50 • Ressourcen für die Arbeitsgemeinschaften erhöhen Die erhebliche Reduzierung der Ressourcen für außenwirksame Aktivitäten außerhalb des festgelegten, bereits 2013 um ein Drittel gekürzten Budgets, sowie die Reduzierung der hauptamtlichen Unterstützung schwächt die Arbeitsgemeinschaften praktisch bei allen Handlungsmöglichkeiten und  
55 erhöht die Abhängigkeit der gesamten Partei von den Mandatsträgern.

Antragsbereich P / Antrag P2

**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung in der BayernSPD (SPDqueer Bayern)*

**Empfänger:** *Kl. Landesparteitag Bundesparteitag*

**P2: Marginalisierten Gruppen echte politische Teilhabe ermöglichen**

Seit Beginn unserer 160-jährigen Geschichte hat sich die Sozialdemokratie für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen eingesetzt. Um echte Teilhabe als SPD nicht nur auf der Zunge zu tragen, sondern auch umzusetzen, verpflichten wir uns auf den ersten zwölf Listenplätzen

5

- mindestens eine Person bis 35 Jahre,
- 10 • eine Person mit Behinderung,
- eine Person mit eigener Migrationserfahrung oder mit Migrationshintergrund bei mindestens einem Elternteil sowie
- 15 • eine Person aus dem LGBTIQ\*Spektrum aufzustellen.

Diese Regelung gilt unter dem Vorbehalt, dass ausreichend Kandidat\_innen zur Verfügung stehen. Für die Kandidat\_innensuche werden wir frühzeitig die entsprechenden innerparteilichen Arbeitsgemeinschaften (Jusos, Selbst 20 Aktiv, SPDQueer, AG Migration und Vielfalt), sofern vorhanden, konsultierend zu Rate ziehen.

Dieses Vorgehen betrachten wir für alle Wahllisten als verpflichtend – von der Kommunal- über die Landtags- und Europawahl bis zur Bundestagswahl.

25

**Begründung**

Die SPD ist eine Partei, der es seit ihrer Gründung um die Ermöglichung echter politischer Teilhabe gesellschaftlich marginalisierter Gruppen geht. Am Anfang stand die Arbeiterschaft, die selbst für die Verbesserung ihrer 30 Lebensumstände stritt und hierfür mittels der SPD auch nach parlamentarischer Macht gestrebt hat, um ihre Forderungen durchzusetzen. Auch

die politische Emanzipation der Frauen in Deutschland geschah unter der Mitwirkung der Sozialdemokratie. Im Laufe der Jahrzehnte folgten weitere Meilensteine, wie der Genosse Karamba Diaby, der 2013 erster schwarzer Bundestagsabgeordneter wurde, oder die bayerische Genossin Heike Heubach, die erst 2024 als erste gehörlose Abgeordnete in den Deutschen Bundestag nachrückte.

Die Wirkung von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen als Mandatsträger\_innen dürfen wir dabei nicht leichtfertig als reinen Selbstzweck abtun. Sichtbarkeit und echte Teilhabe ist für viele Menschen Vorbild und schafft Potenziale der Identifizierung, die sich letzten Endes auch in höheren Wahlergebnissen für die SPD niederschlagen können. An Wahlkämpfen überall auf der Welt sehen wir dieses Phänomen – zuletzt in dem unglaublichen Umfragesprung der Demokratischen Partei in den USA, nachdem mit Kamala Harris die erste schwarze Frau als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt wurde. Dabei dürfen wir es jedoch nicht bei Lippenbekenntnissen belassen, sondern müssen diesen Gruppen, die sich ja bereits in der SPD organisieren und hier auch politisch ihr Zuhause gefunden haben, auch echte Partizipation und einen echten Zugang zu politischer Teilhabe und Macht ermöglichen.

Bei der Liste der zu berücksichtigen Gruppen orientieren wir uns an den bereits vorhandenen Arbeitsgemeinschaften, die sich nach elementaren Bestandteilen der eigenen Identität (abseits z.B. des Berufsstandes, der Religion oder bestimmter inhaltlicher Interessen) gegründet haben. Für uns gehören dazu: AGen Selbst Aktiv, Jusos, SPD Queer, Migration und Vielfalt. Somit wollen wir eine erhöhte Sichtbarkeit und Teilhabe nach den Vielfaltsdimensionen Behinderung, Alter, Migrationshintergrund (hier verstanden im Sinne des Statistischen Bundesamtes), geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung erreichen, wodurch die SPD und ihre Mandatsträger\_innen ein besseres Abbild unserer Gesellschaft darstellen können und die Gesellschaft sich in ihr wiederfinden kann. Denn rund 10 Prozent aller Menschen in Deutschland haben eine Behinderung, ca. 1,7 Prozent der Bevölkerung sind intergeschlechtlich und 26 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben eine Einwanderungsgeschichte. Hinter diesen Zahlen steht die Frage, ob der Deutsche Bundestag und die Landesparlamente tatsächlich Abbild und damit eine Vertretung für alle Menschen in diesem Land sind. Der symbolische Wert der Repräsentation aller Bürger\_innen in den Parlamenten ist groß.

Kurzum: Nur die Parteien können die Diversität über ihre Listenaufstellung herstellen, ein erster Schritt der SPD hierfür war die paritätische Besetzung mit Frauen und Männern. Nun muss ein nächster Schritt gegangen werden und auf Ebene der Kommunen, Länder und des Bundes mit einer Paritätsregelung für quotierte Wahllisten auch mehr Raum für junge Menschen, Inklusion und Vielfalt geschaffen werden. Nur so kann die Bevölkerungswirklich-



keit auch in den Parlamenten mehr und mehr abgebildet werden.

### Antragsbereich P / Antrag P3

**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft für Arbeit  
Bayern*

**Empfänger:** *Kl. Landesparteitag  
Bundesparteitag Bundestagsfraktion Landtagsfraktion*

### **P3: Organisationspolitik**

Die SPD versteht sich als Volkspartei, die ihre Wurzeln in der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung hat. Sie beansprucht, sich im Kern an den Bedürfnissen derjenigen Menschen zu orientieren, die ihren Lebensunterhalt durch Arbeit sichern. Als dadurch wirtschaftlich zunächst schlechter gestellte  
5 Bevölkerungsmehrheit sind die abhängig Beschäftigten in ihrem Streben nach guten Arbeitsbedingungen, einem funktionierenden Sozialstaat und gerechter Verteilung des von ihnen geschaffenen Wohlstandes auf solidarische gewerkschaftliche und politische Interessenvertretung angewiesen. Die Zukunftsfragen unserer Gesellschaft und der Menschheit können nur  
10 auf der Grundlage dieser Solidarität und sozialer Gerechtigkeit gelöst werden.

Erfolg, Mehrheitsfähigkeit und derzeit sogar das Überleben der Sozialdemokratie hängen davon ab, ob sie das Vertrauen der Arbeitnehmerschaft  
15 zurückgewinnt. Das Themenfeld Arbeit spielt dabei eine zentrale Rolle.

Eine Partei der Arbeit braucht neben der Präsenz in den Wohnbereichen die Verankerung in den Betrieben, Verwaltungen und Einrichtungen. Die Verankerung am Arbeitsplatz und in der Arbeitswelt muss (wieder) zur  
20 zweiten Säule der Parteiorganisation werden. In Zeiten von steigender Mobilität, Digitalisierung, Homeoffice versus Präsenz und einer auch zunehmenden regionalen Spaltung der Lebensverhältnisse müssen wir der Arbeitnehmerschaft ein politisches und organisatorisches Angebot unabhängig vom Wohnort machen. Das zieht erhebliche Anstrengungen im  
25 Zuge einer wirkungsvollen Parteireform nach sich.

1) Politik braucht Organisation. Organisation ist Mittel zum Zweck, also zur  
30 Gewinnung von Mehrheiten sowie zur Umsetzung von Programmen und Inhalten. Organisation in der Sozialdemokratie muss sicherstellen,

- dass Entscheidungsprozesse transparent und demokratisch von unten nach oben stattfinden,
- 35
- dass alle Mitglieder gleichberechtigte Entscheidungsrechte und -möglichkeiten haben,
- dass alle Mitglieder auch in Präsenz am Arbeitsort oder regional am
- 40 Parteileben teilnehmen können,
- dass Wahlen und Abstimmungen ein Höchstmaß an Klarheit und Repräsentativität schaffen,
- 45
- dass Meinungen zusammengeführt und gebündelt werden,
- dass Konsens und Verbindlichkeit entstehen, die zu solidarischem Handeln führen,
- 50
- dass unsere Ressourcen möglichst effizient eingesetzt werden,
- und dass Rechenschaft und Kontrolle ermöglicht werden.

55

2) Sozialdemokratische Politik hat Werte und eine soziale Basis. Kern der Wähler- und Mitgliedschaft der SPD müssen wieder die abhängig Beschäftigten werden. Ziel und Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ist es dabei, sozialdemokratische

60 Politik in die Betriebe, Verwaltungen und Einrichtungen zu vermitteln und gleichzeitig die Interessen aus der Arbeitswelt und der Gesellschaft in die Partei und die Parlamente zu tragen, mehrheitsfähig zu machen und durchzusetzen. Der Erfolg dessen hängt ganz entscheidend von einer möglichst großen Mitgliedschaft und funktionierenden demokratischen Strukturen ab.

65

In unserer Klassengesellschaft verfügen nicht alle Menschen über gleiche Zugangsmöglichkeiten zu politischer Gestaltung. Es bestehen erhebliche

70 Unterschiede hinsichtlich Vermögen und Einkommen, verfügbarer Zeit, Bildung, Kommunikationsgewohnheiten und -möglichkeiten. Auf diese Unterschiede, die derzeit wieder zunehmen, müssen wir besonders achten. Wir als SozialdemokratInnen wollen Politik für die Vielen, für die Mehrheit, machen.

75

Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Arbeitswelt und die Arbeitnehmerschaft stark ausdifferenziert, zunehmend prekariert und polarisiert

sind. Unsere Partei braucht deshalb angemessene Arbeitsformen, die auf die Lebenswirklichkeit aller ArbeitnehmerInnen Bezug und Rücksicht nehmen  
80 und gleichzeitig den Egoismen und den sozialen und politischen Zersplitterungstendenzen entgegenwirken. Der Erhalt und die Weiterentwicklung von Solidarität erfordern solidarische Kommunikations- und Arbeitsformen.

Daher genügt es nicht, den Wohnortbezug unserer Statuten durch digitale  
85 Formate zu ergänzen. Die Arbeitswelt des 21. Jahrhunderts verlangt nach einer zweiten Säule politischer Repräsentanz in der SPD. Deshalb wollen wir moderne, flexible, der jeweiligen Arbeitssituation angepasste Strukturen von Betriebs- und Branchengruppen einschließlich regionaler oder landes- und bundesweiter Betriebsgruppenzusammenschlüsse, Betriebsvertrauens-  
90 leuten und Personengruppen (Betriebs- und Personalräte, Schwerbehindertenvertretungen, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Mitglieder aus Aufsichts- und Verwaltungsräten, Mitarbeitervertretungen, hauptamtliche und ehrenamtliche GewerkschafterInnen, interessierte Einzelpersonen...). Als Betriebsgruppenorganisation der SPD unterstützt, organisiert und vereinigt die AfA auch überbetriebliche Betriebsgruppenzusammenschlüsse mit  
95 den entsprechenden demokratisch gewählten Betriebsgruppenkonferenzen und -Vorständen auf Branchenebene (z.B. Eisenbahnen, Bundeswehr, Post, Telekom, Autoindustrie). Die Zusammenarbeit schlägt sich beispielsweise in der Zugehörigkeit der jeweiligen Sprecher/Vorsitzenden zum AfA Bundesausschuss mit beratender Stimme nieder. Die AfA ist schon von ihrer  
100 Gründungsidee, aber auch in ihrer Struktur der Ansatz für eine moderne Organisation, die sich strategisch, inhaltlich und praktisch auf eine sich laufend verändernde Arbeitswelt beziehen kann.

105 Entscheidend wird dabei sein, dass

- unsere Angebote den spezifischen Nutzen, unser Alleinstellungsmerkmal als SPD und AfA in Gestalt einer Schnittstelle Betrieb-Gewerkschaft-Partei-Politik aufweisen; wir sollten nicht vorhandene Gremien, etwa von Gewerkschaften, nachbilden oder in Konkurrenz dazu treten,  
110
- die SPD selbst nicht konkurrierende Angebote macht, sondern arbeitnehmerbezogene Politikformen nur in enger Abstimmung und Koordination mit der AfA veranstaltet sowie die Erfahrungen und Kompetenzen der AfA nutzt,  
115
- unsere Parteiorganisation haupt- wie ehrenamtlich ab der Ebene des Unterbezirks die Bildung von arbeitnehmerInnenbezogenen Strukturen unterstützt und mindestens ab der Ebene des (Regional-)Bezirks mit hauptamtlicher Zuarbeit und angemessenem Budget ausstattet,  
120
- Spezifizierte Verteiler für den gesamten Bereich „ArbeitnehmerIn-

nen“ aufgebaut werden, auf die die auf der jeweiligen Ebene gewählten AfA-Vorstände Zugriff haben,

125

- auch auf Bundesebene die einheitliche, von demokratisch gewählten AfA-Gremien (Bundesvorstand, Bundesausschuss) verantwortete, finanziell und mit hauptamtlichem Personal angemessen ausgestattete ArbeitnehmerInnen-Struktur gestärkt wird.

130

- die Medien der Partei, angefangen beim Vorwärts bis in die digitale Kommunikation, das gesamte Spektrum der Partei abbilden und vor allem auch arbeitnehmerInnenbezogene Themen und AfA-Positionen aufgreifen. Dazu gehören eine authentische Sprache und verständliche Darstellungsformen. Komplexe Sachverhalte und notwendige Kompromisse sind nachvollziehbar zu erklären und zu begründen, anstatt undifferenziert abzufeiern. Unsere Funktions- und MandatsträgerInnen sollten dahingehend qualifiziert werden.

135

140

3) Die Arbeiterbewegung gewann ihre Stärke als Selbstorganisation der arbeitenden Menschen, die ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Die Glaubwürdigkeit der SPD hängt davon ab, dass wir uns wieder besser in der Arbeitnehmerschaft verankern. Glaubwürdigkeit und Vertrauen wachsen erst dann wieder, wenn die ArbeitnehmerInnen den Eindruck gewinnen, dass ihre Meinungen und Interessen in der SPD wahrgenommen und umgesetzt werden - gerade in Zeiten, in denen schwierige und konfliktreiche Entscheidungen und Kompromisse getroffen werden müssen. Dies kann nur auf direktem Weg über ihre originäre Vertretung in der Partei, die AfA, geschehen. Die ArbeitnehmerInnen brauchen daher in allen Vorständen und Gremien der Partei, in allen für ihre Belange relevanten Arbeitszusammenhängen von ihnen selbst gestelltes und von der Partei gewähltes Personal aus ihren Reihen.

145

150

155

Wir regen daher an, Organisationsstatut, Wahlordnung und Richtlinien so zu gestalten, dass

160

- in jedes Vorstandsgremium ab der Unterbezirks-/Kreisverbandsebene ein/e VertreterIn der AfA wie der anderen Arbeitsgemeinschaften zu wählen sind,

165

- in allen Vorständen, die mehr als vier stellvertretende Vorsitzende haben, ein stellvertretendes Mitglied nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden kann,

- in allen Vorständen, die aus mehr als 20 Mitgliedern bestehen, min-

destens zwei Mitglieder zu wählen sind, die gewerkschaftliche und/oder betriebliche Funktionen in der Interessenvertretung haben und von der AfA vorgeschlagen sind,

- jeder Delegiertenkonferenz der Partei mindestens 10%, maximal 20% Delegierte angehören, die auf einer AfA-Konferenz oder Mitgliederversammlung der jeweiligen Ebene gewählt wurden. Dort haben bestehende Betriebsgruppen besonderes Gewicht.

Dabei ist selbstverständlich die Quotenregelung zu beachten. Sollten die jeweiligen Personalvorschläge der AfA nicht die notwendigen Mehrheiten finden, bleiben die betreffenden Positionen unbesetzt.

4) Für die Bundesebene erfordert dies Änderungen im Organisationsstatut, im Haushalt der Partei und in der Organisation der Parteizentrale.

1. a) Organisationsstatut: Dem Parteivorstand gehören je eine VertreterIn der auf Bundesebene eingerichteten Arbeitsgemeinschaften mit beratender Stimme an.

2. b) Organisationsstatut/Wahlordnung: Solange dem Parteivorstand fünf oder mehr stellvertretende Vorsitzende angehören, kann eine/r von ihnen nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden. In Ausnahmefällen kann dies durch entsprechende Wahl eines Präsidiumsmitgliedes geschehen

3. c) Organisationsstatut/Wahlordnung: Zwei der zu wählenden Mitglieder des Parteivorstandes sind gewerkschaftliche und/oder betriebliche InteressenvertreterInnen, die nur auf Vorschlag der AfA gewählt werden können.

4. d) Dem Bundesparteitag und dem Parteikonvent gehören mindestens zwei direkt von der AfA auf Bundesebene entsandte Delegierte an.

5. e) Die politische Arbeit im Zuständigkeitsbereich der AfA ist finanziell im Rahmen der Möglichkeiten der Gesamtpartei angemessen auszustatten. Darüber ist zwischen SchatzmeisterIn/Geschäftsführung und AfA jährlich rechtzeitig zu verhandeln. Die Mittel für alle Aktivitäten im ArbeitnehmerInnen-Bereich sind in einem Titel zu bündeln. Sie dürfen nicht nur ein Minimum an Gremienarbeit garantieren, sondern müssen Raum für ausreichende politische Arbeit - auch dezentral und regional - einschließlich Öffentlichkeitsarbeit schaffen. Dazu gehört der auf Dauer angelegte Aufbau politischer Bildungsarbeit speziell für politisch Aktive aus der sozialdemokratischen Arbeitnehmerschaft. Neu errichtete

Arbeitszusammenhänge (Themenforen, Mitgliederbeirat, Länderrat, Kommunalrat...) dürfen nicht zulasten der Arbeitsmöglichkeiten der Arbeitsgemeinschaften gehen.

215  
220 6. f) Es ist wieder ein AfA-Referat einzurichten, das im Willy-Brandt-Haus für die Umsetzung der gesamten Arbeit der AfA und der Arbeitnehmerpolitik zuständig ist. Hier sind auch die AfA-relevanten Daten, die Öffentlichkeitsarbeit einschließlich der digitalen Medien, sowie die Arbeit der bundesweiten Betriebs-, Branchen- und Personengruppen zu bündeln. Die Arbeit und die Besetzung des AfA-Referats finden in enger Abstimmung mit dem AfA Bundesvorstand statt.

225 7. g) Die AfA ist bei der Besetzung aller relevanten Kommissionen, Arbeitskreise und Delegationen zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere für die Antragskommission zu Parteitag und Parteikonvent, Organisationspolitische Kommission, Lenkungsgruppen, Grundwertekommission, SPE-Delegation, Auswahlgremien wie für die Parteschule...

230

Auf Bezirks- und Landesebene gilt all dies sinngemäß. Auch dort ist hauptamtliche Zuarbeit und die Vertretung in den Gremien, in Kommissionen, Gewerkschaftsräten sicherzustellen. Dafür sind auf Landesebene jeweils entsprechende verbindliche Vereinbarungen und Regelungen zu schaffen.

235

Antragsbereich P / Antrag P4

**AntragstellerInnen:** SPD-Ortsverein Wassertrüdingen-Hesselberg

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

**P4: Antrag nach §13 (4) des Organisationsstatuts für die Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD per Urwahl**

der SPD-Ortsverein Wassertrüdingen-Hesselberg beantragt hiermit nach §13 (4) des Organisationsstatuts der SPD die Wahl des Kanzlerkandidaten der SPD per Urwahl.



## S Soziales, Gesundheit und Pflege

### Antragsbereich S / Antrag S1

**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv*

*Bayern*

**Empfänger:** *Landesvorstand*

*Landtagsfraktion Bundesvorstand Die zuständigen sozialdemokratischen Bundesminister*

### **S1: Inklusion als Menschenrecht ins Grundgesetz und Umsetzung der Forderungen des Fachausschusses der UNO Staatenbericht 2023 Allgemeiner Teil**

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern fordert den Landesvorstand der BayernSPD auf, zusammen mit der Bundesregierung und dem Bundesvorstand der SPD dafür zu sorgen, dass

5

1. die Rechte der Menschen mit Behinderung auf gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und Barrierefreiheit gemäß den Bestimmungen der ratifizierten UN-BRK und des unterzeichneten

10

Fakultativprotokolls definitiv als Menschenrechte in das Grundgesetz aufgenommen werden

15

2. die Entwicklung von Strategien zur Stärkung des Engagements in allen Bereichen des Regierungsportfolios sichergestellt werden, so dass Behinderung in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft

als Querschnittsthema anerkannt wird, und um behindertenbezogene Maßnahmen in allen Rechtsbereichen wirksam zu

20

3. die Vereinbarkeit der bestehenden Gesetze, Politiken und Verwaltungspraktiken systematisch mit den Verpflichtungen Deutschland's aus dem Übereinkommen UN-BRK überprüft werden,

25

menschenrechtsbasierte Aktionspläne mit einem klaren Konzept von Behinderung aufgestellt, angemessene Maßnahmen zur Förderung, zum Schutz und zur Verwirklichung der Rechte aus dem Übereinkommen UN-BRK sowie Ziele und Indikatoren zur Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens erstellt werden

30

4. die Überprüfung der Rechtsgrundlagen des Rechts von Verbänden

zur Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderung aus der UN-BRK auf Bundes- und Länderebene, der Erlass eines allgemein geltenden Rechtsschutzrechts von Verbänden, die Bereitstellung wirksamer  
35 Rechtsbehelfe über bloße Feststellungsurteile hinaus gehen und die Beseitigung unbilliger Belastungen wie der Gefahr prohibitiver Prozesskosten und überhöhter Zulässigkeitsanforderungen beseitigt werden

5. die Entwicklung und Umsetzung institutionalisierter Verfahren für  
40 eine enge Abstimmung und aktive Beteiligung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, einschließlich Organisationen von Kindern mit Behinderungen, in allen sie betreffenden Angelegenheiten die Standards für diese Verfahren festlegen, indem sie unter anderem ausreichend Zeit für ihre Antworten garantiert bekommen und alle  
45 einschlägigen Dokumente in zugänglichen Formaten bereitgestellt werden

6. die Fähigkeit von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen und Menschen mit geistigen  
50 und/oder psychosozialen Behinderungen, gestärkt werden, damit sie aktiv an allen Maßnahmen zur Umsetzung der UN -BRK beteiligt werden können und ihre gesetzlichen Rechte, rechtliche Schritte einzuleiten, wirksam auszuüben und dafür ausreichende Mittel bereitgestellt werden sowie die Sicherstellung, dass die Finanzmittel nicht ausschließlich  
55 projektbezogen sind und ohne unangemessene administrative Hürden in Anspruch genommen werden können

### **Begründung**

60 Alle Menschen haben das Recht auf Teilhabe am öffentlichen Leben und an der Gesellschaft. Aufgrund von geringer bis keine Barrierefreiheit in vielen Bereichen in Deutschlands werden Menschen mit Behinderung noch immer von der Teilhabe und Selbstbestimmung in der Gesellschaft ausgeschlossen.

65 In dem erst 1993 in Art. 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz festgelegten Gleichstellungsgrundsatz von Menschen mit Behinderung hat sich an der Anerkennung und Akzeptanz behinderter Menschen in der Gesellschaft nur wenig geändert. Auch die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention sowie des Fakultativabkommens 2009 hat an der Realität in Deutschland  
70 nur wenig geändert und der augenblickliche gesellschaftliche Umbruch nach rechts und die Rückkehr in die Zeiten des Sozialdarwinismus des beginnenden 20. Jahrhundert gefährden die nach der UN-BRK besonders schützenswerte Gruppe der Menschen mit Behinderung in besonderem Maße.

75

80 **Menschen mit Behinderung erleben tagtäglich zunehmende passive und aktive Gewalt, Ausgrenzung, Diskriminierung und Intoleranz. Um sicherzustellen, dass die Rechte von Menschen mit Behinderung durch den politischen Wandel nicht beschnitten werden können, ist es notwendig, das Menschenrecht „Inklusion“ = UN-BRK ins Grundgesetz aufzunehmen und den Forderungen des Fachausschusses der UNO im Staatenbericht 2023 nachzukommen.**

85

Antragsbereich S / Antrag S2**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv**Bayern***Empfänger:** *Bundesvorstand**Landesvorstand Landtagsfraktion Bundesvorstand Die zuständigen sozialdemokratischen Bundesminister***S2: Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Zivil-, Not- und Katastrophenschutzplanes sowie Versorgungspläne speziell für Menschen mit Behinderung in Krisenzeiten**

Artikel 11 der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet die Vertragsstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um in Gefahrensituationen den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht zu gewährleisten.

- 5 Das Gleiche gilt für bewaffnete Konflikte und humanitäre Notlagen. Auch im Falle von Naturkatastrophen haben die Vertragsstaaten sich zum Schutz und zur Sicherheit von Menschen mit Behinderungen verpflichtet.

- 10 Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern fordert den Landesvorstand der BayernSPD sowie die Landtagsfraktion der BayernSPD auf, zusammen mit der Bundes SPD und der Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, dass verpflichtende bundeseinheitliche, barrierefreie und behindertengerechte Zivil-, Not- und Katastrophenschutzpläne für Menschen mit Behinderungen aufgestellt werden, damit in Krisen- und Katastrophenzeiten schnelle und
- 15 barrierefreie bedarfsgerechte Hilfemaßnahmen auch für Menschen mit Behinderungen in die Wege geleitet und durchgeführt werden können.

- Ein angemessenes Katastrophenmanagement muss alle Menschen gleichberechtigt und unter Berücksichtigung ihrer Bedarfe einschließen. Dies
- 20 erfordert gleichwertige Lebenschancen und -bedingungen unabhängig vom Lebensort. Dafür wird ein abgestimmter und gemeinschaftlich getragener Plan mit klaren Verantwortlichkeiten und gemeinsamen Standards benötigt. Aufgrund der inhaltlichen und einsatztaktischen Überschneidungen muss eine Strategie verfasst werden, die Katastrophenschutz und Zivilschutz
- 25 unter dem Titel „Bevölkerungsschutz“ zusammenfasst und alle Beteiligten auf Bundes- und Länderebene verbindlich einschließt. Dabei sollten Menschen mit Behinderung, nicht nur Verbände und Organisationen, z.B. Körperliche, intellektuelle, sinnesbezogene, psychische u.a. von Beginn an in die Planungen miteinbezogen werden.

30

Dazu gehören insbesondere:

1. Die Formulierung einer Strategie für inklusiven Bevölkerungsschutz innerhalb Deutschlands, mit klaren Zielen, Arbeitsschritten mit klarem  
35 Zeitplan, Zuweisung von  
Verantwortlichkeiten und Prüfungsinstanzen zur Ergebnisbeurteilung
2. Die Einbindung von Menschen mit verschiedensten Beeinträchtigungsformen in alle Schritte dieses Prozesses; auf Bundes-, Landes-,  
40 Kommunen- und Einrichtungsebene als Expert:innen in eigener Sache und  
Entscheider:innen  
45
3. Die Schaffung einer gemeinschaftlichen Sammelstelle für Informationen, Materialien und Ansätze für inklusiven Bevölkerungsschutz, die aktiv zur Standardisierung beiträgt  
50 unter Einbeziehung von Sammlung, Aufarbeitung und Nutzung existierenden Wissens und vorhandener Ansätze aus dem In- und Ausland für die Erstellung der Strategie und der konkreten Schritte.
4. Die Sammlung und Aufarbeitung der Erfahrungen und dem Wissen aus den Ereignissen der Vergangenheit und Weiterleitung in Einsatzkonzepte und Strategien.  
55
5. Ausführliche Informationen, Kenntnisse und Schulungen der zuständigen Behörden, Organisationen und Rettungskräfte über die ansässigen  
60 Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, die Arten von Behinderung und die Anzahl der Menschen mit Behinderung in den jeweiligen Gemeinden und Orten
1. Ausführliches barrierefreies Informationsmaterial und intensive Schulungen über Rettungswege und Verhalten bei Katastrophenschutzmaßnahmen für Menschen mit Behinderung  
65
1. Öffentlich bekannte barrierefreie Rettungswege und Treffpunkte für Menschen mit Behinderung  
70
2. Barrierefreie Auffang- und Unterbringungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung sowie Mensch-Assistenzhund-Gespanne
3. Ausreichende und barrierefrei zugängliche Versorgung mit Nahrung,  
75 Medikamenten und Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderung,

4. Barrierefreie Transportmittel und besondere Schutzmaßnahmen für Menschen mit Behinderung
- 80 5. Speziell geschulte Betreuer für Menschen mit Behinderung im Katastrophenfall
6. Freiwilligen-Listen, in die sich Menschen mit Behinderung, die einen bestimmten Hilfebedarf haben freiwillig eintragen können
- 85

#### **Begründung**

Die besonderen Umstände in der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe haben gezeigt, dass es für Menschen mit Behinderung keine eigenen barrierefreien Notfall- und Versorgungspläne gab.

90

Wir leben in einer Zeit, in der wir nicht nur von Umweltkatastrophen, sondern auch durch kriegerische Handlungen bedroht sind. Eine Umfrage von Selbst Aktiv Bayern 2022 in verschiedenen deutschen Gemeinden hat aufgezeigt, dass es im Falle des Zivil- und Katastrophenschutzes für Menschen mit Behinderung keine barrierefreien und behindertengerechten katastrophen- und Zivilschutzmaßnahmen gibt.

95

Es ist, auch in Bezug auf die UN-BRK Artikel 11 notwendig, solche barrierefreien Zivil- und Katastrophenschutzpläne für Menschen mit Behinderung zu erstellen, die Informationen weiterzugeben und diese mit allen Beteiligten zu üben, damit diese barrierefrei informiert und aufgeklärt werden könne, um auf Krisen besser vorbereitet, geschützt, gerettet und versorgt werden zu können. Viele Menschen mit Behinderung sind durch ihr Handicap meist nicht in der Lage sich eigenständig in Sicherheit zu bringen oder zu versorgen. Zu diesem Ergebnis kam auch die Stiftung Deutschland in ihrem Forschungsbericht „Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen“

100

105

Antragsbereich S / Antrag S3**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv**Bayern***Empfänger:** *Landesvorstand**Landtagsfraktion Bundesvorstand Die zuständigen sozialdemokratischen Bundesminister***S3: Bessere Teilhabe und Barrierefreiheit im Gesundheitswesen**

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern fordert den Landesvorstand der BayernSPD, die Landtagsfraktion der BayernSPD, die Bundestagsfraktion der SPD, den Bundesvorstand der SPD sowie die auf, Maßnahmen zu ergreifen, um

5

- die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten in Bayern und allen anderen Bundesländern, insbesondere für Frauen mit Behinderungen und in ländlichen Gebieten, ohne Diskriminierung zu gewährleisten, in dem Barrieren ermittelt und beseitigt und barrierefreie medizinische Ausrüstung bereitgestellt wird;

- zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen weite Strecken zurücklegen müssen, um barrierefreie medizinische Leistungen in Anspruch zu nehmen;

15

- zu verhindern, dass Menschen mit psychosozialen Behinderungen, Menschen mit geistiger Behinderung sowie gehörlose und schwerhörige Personen aufgrund der mangelnden Ausbildung und des oft diskriminierenden Ansatzes von Angehörigen der Gesundheitsberufe mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung erhalten;

- die Mechanismen für die regelmäßige Schulung von Angehörigen der Gesundheitsberufe in Bezug auf Menschenrechte, Würde, Autonomie und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen gestärkt werden und Pflichtbestandteil jeder medizinischen und pflegerischen Ausbildung werden

- die Durchsetzung der Vorschriften über den rechtlichen Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Diskriminierung im Gesundheitswesen und die Festlegung standardisierter Protokolle für die Bereitstellung medizinischer Informationen an Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und damit ihre freie und informierte Zustimmung zu medizinischen Eingrif-

fen zu ermöglichen bzw. zu verbessern

35

### **Begründung**

Unser Gesundheitssystem ist für viele Menschen mit Behinderung oft nicht barrierefrei. Die mangelnde Barrierefreiheit bezieht sich nicht nur auf bauliche Barrieren, sondern sehr oft auch auf die mangelnden Kenntnisse des medizinischen oder pflegerischen Personals im Umgang mit Menschen mit Behinderung. Dabei bleiben die Menschenwürde und Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderung häufig auf der Strecke. Besonders Frauen und Mädchen mit Behinderung, Menschen mit psychosozialen Behinderungen, Menschen mit geistiger Behinderung, gehörlose und schwerhörige Personen, sehbehinderte oder blinde Menschen, Contergangeschädigte, kleinkörperliche oder amputierte Menschen u.v.a.m. können haben mit der Unwissenheit, mit Ignoranz, Intoleranz und Respektlosigkeit im Gesundheitswesen zu kämpfen.



Antragsbereich S / Antrag S4

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv  
Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Bundesvorstand Landtagsfraktion SPD-  
Bundesvorstand Die zuständigen sozialdemokrati-  
schen Bundesminister

**S4: Art- und Tiergerechte Mitnahme von Assistenz-hund-Mensch Gespannen**

Die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Bayern fordert den Landesvorstand der BayernSPD, die Landtagsfraktion der BayernSPD, die Bundestagsfraktion der SPD, die Bundesregierung und den Bundesvorstand der SPD auf, für die bundes- und landesweite Umsetzung des Assistenzhund-Gesetzes in allen öffentlichen und privaten Bussen, Bahnen, Schiffen und Flugzeugen zu sorgen, damit

- Alle Assistenzhunde gemäß dem Assistenzhundegesetz barrierefrei überall mitgeführt werden können,
- die Schwerbehindertenplätze in allen Bahnen für Mensch-Assistenzhundgespanne ohne Einschränkungen gebucht und reserviert werden können
- im gesamten ÖPNV speziell für Assistenzhunde ausgewiesene Ablegeplätze zu schaffen
- anerkannte Assistenzhunde immer kostenlos befördert werden
- Im Schadensfall der Gesamtwert des Hilfsmittels „Assistenzhund“ in vollem Umfang der Kostenträger Leistung erstattet werden

Assistenzhunde sind lebendige Hilfsmittel mit einem hohen materiellen Wert. Ihr Transport in den meisten Fahrzeugen des ÖPNV ist sehr oft nicht möglich, weil kaum oder kein ausreichender Platz für

eine tiergerechte und sichere Ablegung des Hundes existiert. Die Hunde müssen z. T. unter den Sitzen liegen, werden durch Mitreisende verletzt oder werden erst gar nicht befördert.

**Begründung**

Die Mitnahme von Assistenzhunden stellt oft ein Problem dar. Es gibt zwar spezielle Sitzplätze für Rollstuhlfahrer, die ausreichend Platz bieten, aber es  
35 gibt keine Plätze für die Ablegung

von Assistenzhunden. Immer wieder werden Menschen mit Assistenzhunden im ÖPNV nicht befördert, aus Bussen oder Bahnen gewiesen, wenn nicht genügend Platz vorhanden ist.

40

oder Mitreisende sich beschweren. Oft ist es auch Schikane gegenüber Menschen mit Behinderung. Das Assistenzhundegesetz garantiert den Zutritt für Mensch- Assistenzhundgespanne zu

45 allen typischerweise für die Allgemeinheit zugänglichen Anlagen und Einrichtungen. Das gilt auch für den gesamten ÖPNV und private Anbieter.

Antragsbereich S / Antrag S5

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft für Arbeit  
Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Bundesparteitag Bundestagsfraktion Die zuständigen  
sozialdemokratischen Bundesminister

**S5: DEN KURS IN DER RENTENPOLITIK KORRIGIEREN - SOLIDARISCH UND GERECHT DEN LEBENSSTANDARD IM ALTER SICHERN - RENTE MIT 70 VERHINDERN!**

Das deutsche System der Altersvorsorge wird den Anforderungen von  
Sicherung des Lebensstandards in einer sich wandelnden Arbeitswelt und  
Gesellschaft trotz der von der SPD durchgesetzten punktuellen Verbes-  
5 serungen nicht mehr gerecht. Immer mehr Menschen droht im Alter der  
Gang in die Grundsicherung. Selbst Durchschnittsverdienende müssen  
mit einer Mager-Rente rechnen. Schuld sind die Verwerfungen der letzten  
Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt und eine verfehlte Rentenpolitik, die  
durch die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag nicht ausreichend korrigiert  
wird.

10

Menschen, die über einen langen Zeitraum Beiträge einzahlen, müssen  
im Gegenzug auch darauf vertrauen können, dass sie am Ende ihres Be-  
rufslebens eine auskömmliche gesetzliche Rente beziehen werden. Diese  
Erwartung spiegelt noch immer einen breiten gesellschaftlichen Konsens  
15 wider und wird nach wie vor generationenübergreifend geteilt.

Das Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene  
Teilprivatisierung ist gescheitert. Nur wenige haben die Möglichkeit, die  
wachsenden Versorgungslücken in Folge des festgelegten Leistungsabbaus  
20 der gesetzlichen Rentenversicherung durch private Vorsorge zu schließen.  
Eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge gibt es nicht flächendeckend,  
sie befindet sich in Zeiten einer langjährigen Niedrigzinsphase auf dem  
Rückzug und erreicht gerade diejenigen Arbeitenden am wenigsten, die sie  
am dringendsten bräuchten.

25

Die Leistungsreduzierungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung,  
insbesondere nach der Jahrtausendwende, waren vom Streben nach ei-  
nem möglichst niedrigen Beitragssatz getrieben. Dieser Weg bringt die  
Versicherten in eine Sackgasse, in der den marginalen Entlastungen in der  
30 Erwerbsphase sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter folgen. Deshalb muss  
es einen Kurswechsel und eine Rückbesinnung auf das Versorgungsprinzip

sozialer Sicherung geben. Auskömmliche Renten müssen wieder primäres Sicherungsziel des Sozialstaates werden. Die Rentenversicherung zählt zum Kern unseres Sozialstaats und hat sich seit vielen Jahrzehnten bewährt.

35 Gerade in der Zeit seit der Finanzmarktkrise ab 2008 stellte sich die Stärke dieses umlagefinanzierten Sicherungssystems heraus. Sie umfasst alle Generationen im Land, ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen und internationalen Fonds, von privaten Renditeinteressen und auch unabhängig von der Entwicklung einzelner Beschäftigtengruppen, Betrieben

40 oder Branchen. Sie stellt dabei eine hälftige Finanzierung durch die Arbeitgeber sicher. Zugleich nutzt sie bestmöglich den Vorteil möglichst großer, solidarischer Kollektive. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, in Zukunft den Solidarvertrag zwischen den und innerhalb der Generationen zu schützen und weiterzuentwickeln. Durch eine sozialstaatlich ausgestaltete und

45 gerecht finanzierte Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert und der Lebensstandard weitgehend gesichert werden. Deshalb wollen wir einen Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einer langfristig deutlichen Steigerung des gesetzlichen Rentenniveaus mit dessen dauerhafter Ankoppelung an die allgemeine Wohlstandsentwicklung. Angesichts des

50 tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt und der bevorstehenden Transformation der Industriearbeit ist dies besonders dringlich. Das Alterssicherungssystem muss an die bevorstehenden strukturellen Umbrüche angepasst werden. Die Arbeitswelt wird immer vielschichtiger. Der Trend zu immer individuelleren Erwerbsverläufen wird sich im Zuge der Veränderung

55 weiter verstärken. Erziehungs-, Weiterbildungs- und Pflegezeiten werden zum Normalfall.

Ein zeitgemäßes Rentensystem muss sich an die Tatsache einer dynamischen Arbeitswelt anpassen und ebenfalls in Zeiten des Wandels soziale

60 Sicherheit für alle gewährleisten. Für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung im Alter ist der Neuaufbau einer solidarischen und gerechten Alterssicherung unverzichtbar! Das SPD-Zukunftsprogramm sieht viele Verbesserungen in der Rentenpolitik vor: Alle Erwerbstätigen sollen langfristig in die Rentenversicherung aufgenommen werden. Armutsrisiken sollen

65 bei den Erwerbsminderungsrentner\*innen verringert, vieles soll verbessert werden. Langjährige Pflege von Familienmitgliedern sollen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken. Gesetzlich Versicherte sollen sich in angemessenem Umfang ergänzend freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichern können. Eine ergänzende private Altersvorsorge ist kein

70 Ersatz. Das Rentenniveau soll auf 48% dauerhaft stabilisiert werden. Tarifvertraglich vereinbarte kollektive Altersversorgungsformen sollen bevorzugt werden. Zudem soll die Vollverbeitragung sowie der Doppelverbeitragung von Betriebsrenten in der gesetzlichen Krankenversicherung vollständig abgeschafft werden. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Stabilisierung

75 des Rentenniveaus und das Festhalten am Status quo bei der gesetzlichen Rentenversicherung reichen nicht aus. Für eine lebensstandardsichernde

gesetzliche Rente brauchen wir, wie auch von den Gewerkschaften gefordert, eine Anhebung auf 53 %. Mit der Reaktivierung des Nachholfaktors noch vor der nächsten Rentenanpassung 2022 werden die Renten in den  
80 kommenden Jahren voraussichtlich nicht in ausreichendem Maße mit der Lohn- und Preisentwicklung mithalten können.

85 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung

Berechnungen zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung  
90 positiv ist und auch für kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist der Grundpfeiler der Alterssicherung in Deutschland. Die gesetzliche Rente muss zukünftig wieder die alleinige Säule der Alterssicherung sein. Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder ausschließlich durch  
95 das gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.

Nur die Rückkehr zur lebensstandardsichernden gesetzlichen Altersrente kann der jahrzehntelangen Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten  
100 gerecht werden.

Die bisherige Riesterrente mit staatlicher Subventionierung der Versicherungskonzerne darf nicht weitergeführt werden. Die gesetzliche Förderung privater Vorsorge muss künftig entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten. Alle für die Altersvorsorge notwendigen  
105 Steuermittel sind in der gesetzlichen Rentenversicherung zu bündeln.

Kapitalgedeckte Formen der Alterssicherung haben sich nicht bewährt. Sie sind risikobehaftet, zehren einen großen Teil ihrer Erträge durch  
110 Verwaltungs- und Managementkosten sowie Profiterwartungen und Provisionen auf. Zudem vermehren sie auf den Finanzmärkten die Massen anlagesuchenden Kapitals, was wiederum den Renditedruck von Fonds und Anlegern auf den produktiven Bereich erhöht. Daher lehnen wir mit allem Nachdruck die von der FDP forcierte Aktienrente ab. Sie kann keinen  
115 nennenswerten Beitrag zur Stabilisierung der Altersvorsorge leisten und kostet die Steuerzahlenden gerade angesichts der Schuldenfinanzierung viel Geld, das an anderer Stelle fehlt. Gewinne entstehen lediglich auf den Finanzmärkten.

- Schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent
- 120

Wir haben die Abwärtsspirale bei der gesetzlichen Rente gestoppt. Um ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen und den Lebensstandard besser zu sichern, ist das gesetzliche Rentenniveau schrittweise von heute 48 Prozent auf das Niveau von 53 Prozent anzuheben, also in etwa auf den Stand zu Beginn dieses Jahrtausends. Über lange Zeit wurde so ein Netto-Rentenniveau von etwa 70 Prozent erreicht – was nach heutiger Berechnungsmethode einem Sicherungsniveau netto vor Steuern von etwa 53 Prozent entspricht. Dies erfordert zwingend zwei Maßnahmen:

130

- Zentrale Bezugsgröße bei der Berechnung des Rentenniveaus ist die sogenannte Standardrente mit 45 Entgeltpunkten für 45 Jahre Durchschnittseinkommen. Diese Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt tatsächlich erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu definieren.

135

- Das von der Bundesregierung angenommene Gesamtversorgungsniveau unterstellt, dass die gesetzliche Rente von einer Riester-Rente ergänzt wird. Doch auf viele Beschäftigte trifft diese Annahme gar nicht oder zumindest nicht in dieser Höhe zu, da sie über keine entsprechenden Anwartschaften verfügen. Zudem geht die Bundesregierung von überzogen optimistischen Annahmen hinsichtlich Rendite, Dynamisierung und Kosten aus. Diese unterstellte Zusatzvorsorge aus einem Riester-Vertrag sollte daher in entsprechender Höhe wieder als Bestandteil der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

140

145

Das Verhältnis von neuer Standardrente zu entsprechendem Durchschnittseinkommen muss mit 53% zum dauerhaften Zielniveau werden.

Der Altersvorsorgeanteil (AVA) muss aus der Rentenanpassungsformel ersatzlos gestrichen werden.

150

1. Eine solidarische Finanzierung der Alterssicherung durch eine Paritätisch finanzierte Erwerbstätigenversicherung

155

Wir wollen die paritätisch finanzierte Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln, in die zukünftig alle Erwerbstätigen, also auch Selbständige, BeamtInnen, Berufspolitiker, in das Rentensystem einbezogen werden. Aus verschiedenen Gründen ist gerade jetzt, also zu Beginn der 2020er Jahre der Umstieg auf eine Erwerbstätigenversicherung günstig und politisch geboten.

160

Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich auf den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des

165

Arbeitgeberbeitrages im Bereich des Niedriglohnssektors ist mindestens am Durchschnitt der Branche auszurichten (Arbeitgebermindestbeitrag).

- 170 Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht ein eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer Erwerbstätigenversicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder freiberuflich Tätige in die
- 175 Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch nicht in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in
- 180 Anspruch nehmen. Um Länder und Kommunen von den vorübergehend ansteigenden Beitragslasten für Ihre BeamtInnen zu entlasten, errichtet der Bund einen Sonderfonds, der mittelfristig durch die eingesparten Pensionen zurückerstattet wird. Perspektivisch stellen wir damit die Alterssicherung unabhängig von der arbeitsrechtlichen Erwerbsform und dem bezogenen
- 185 Einkommen auf eine möglichst breite Beitragszahlendenbasis.

- Parallel muss hierzu die Möglichkeit einer Demographie-Rücklage in der Rentenversicherung geschaffen werden. Ergänzend zum Aufbau dieser Demografie-Reserve muss ein demografie-bedingter Kostenanstieg vorübergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung
- 190 erfolgen.

- Die Mindestreserve und die Demografie-Rücklage sind sinnvoll zu investieren. Wir halten es für dringend geboten, damit bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wie dies schon bis 2005 geschah. Damit schaffen wir gesellschaftlichen Nutzen und eine Verzinsung des angesammelten Kapitals. Die hierdurch mobilisierbaren Beträge übersteigen die bisher geplanten Maßnahmen aller öffentlichen Hände für den sozialen Wohnungsbau um ein Mehrfaches.

200

### Beiträge und Bemessung

- Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Der von den Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch finanzierte Beitragssatz von derzeit
- 205 18,6% kann moderat steigen, um substantielle Verbesserungen im Rentenniveau zu erreichen. Eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat in den letzten Jahren viele Horrorvisionen über steigende Beiträge und die angebliche Unfinanzierbarkeit eines höheren Leistungsniveaus widerlegt.

- 210 Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu

besetzen - als Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut.

- 215 Dabei muss es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen Aufwand auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, dürfte es gerechter sein, das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen Entgeltpunkte anzuheben und somit zum  
220 Prinzip der Rente nach Mindesteinkommen zurückzukehren.

Die Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist aufzuheben, wobei die Leistungen degressiv abgeflacht werden. Das bedeutet, dass oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahres  
225 einkommens die mit den Beiträgen verbundenen Rentenanwartschaften bei Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen Vorgaben nicht mehr im Verhältnis 1:1 ansteigen würden. Außerdem sollen die Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen in den unteren Einkommensbereichen zulasten entsprechend höherer Arbeitgeberbeiträge proportional reduziert werden.

- 230 Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss künftig wieder entfallen.

- 235 Zeiten des Bezugs von Bürgergeld sind künftig wieder wie bis 2010 als versicherungs- und Beitragszeiten zu bewerten.

Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch Pflegeversicherung) erhalten die erziehenden bzw. pflegenden Personen so viele Rentenpunkte  
240 zusätzlich zu ihrem Rentenanspruch, als hätten sie in der Erziehungs- bzw. Pflegezeit weitergearbeitet. Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewertung zukünftig von Aus- und Fortbildungszeiten.

#### Steuer- und Verteilungspolitik, Zuschuss

- 245 Die notwendige ausreichende Kapitalausstattung der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente ist durch einen angemessenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt herzustellen.

- 250 Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass auch die gesetzliche Rente nur zur Hälfte auf Leistungen nach dem SGB XII angerechnet wird.

Außerdem muss ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente zügig durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Der Spitzensteuersatz ist zu erhöhen, um die soziale  
255 Ungleichheit einzudämmen. Außerdem sind europaweit Finanzgeschäfte (Finanztransaktionssteuer) und die Umsätze von digitalen Unternehmen



(Digitalsteuer) zu besteuern.

Die Mehreinnahmen sind zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen. Altersvorsorge ist auch und gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der Reichtumsentwicklung ist sie auch finanzierbar.

Die gesetzliche Obergrenze für Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung von aktuell 1,5 Monatsausgaben ist zu beseitigen oder zumindest deutlich zu erhöhen.

#### 270 Beitragsungedekte Leistungen steuerlich finanzieren

Leistungen, die systematisch nicht durch Beiträge gedeckt sind, wollen wir solidarisch und gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören zum Beispiel: Mütterrente, Ost-West-Angleichung, Erwerbsminderungsrente, Erziehungs- und Pflegeleistungen.

#### Betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung

Die bestehenden und zukünftigen vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente bleiben unberührt. Eine betriebliche Altersversorgung (bAV) kann, tariflich abgesichert und arbeitgeberfinanziert, als Ergänzung zu einer gestärkten gesetzlichen Rente einen Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung leisten. Den Einsatz von Steuermitteln zu deren Förderung lehnen wir hingegen ab.

290  
1. Guter Übergang in die Rente statt Rente mit 67 oder 70!

#### Die Regelaltersgrenze anpassen

295 Die Diskussionen um Verbesserungen beim Rentenniveau wie bei der Armutsbekämpfung werden konterkariert durch die nicht enden wollende Debatten um eine immer höhere Regelaltersgrenze. Letztere lehnen wir ab.

Die Rente mit 67 geht an der Realität vieler Beschäftigten vorbei und ist durch das gesetzliche Rentenzugangsalter mit 65 Jahren und durch flexible, die individuelle Situation berücksichtigende Übergänge zu ersetzen. Eine

realistisch in Arbeit erreichbare Regelaltersgrenze muss gerade vor dem Hintergrund des Wandels der Arbeit verstärkt von passgenauen Optionen für die Gestaltung sozial abgesicherter Übergänge während des Erwerbslebens sowie beim Ausstieg aus dem Erwerbsleben begleitet werden. Hier geht es um die Ermöglichung und Förderung abschlagsfreier Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand. Lücken in der Erwerbsbiografie haben in der Regel negative Auswirkungen auf die Versorgungssituation im Alter. Mögliche Instrumente für den Übergang in den Ruhestand sind hier insbesondere die Stärkung der Rahmenbedingungen für die Altersteilzeit, ein dauerhafter Rentenzugang ohne Abschläge ab 63 Lebensjahren und nach mindestens 45 Beitragsjahren.

#### Erwerbsminderungsschutz verbessern

Der Invaliditätsschutz der gesetzlichen Rentenversicherungen ist weiter zu verbessern. Der Zugang zur Erwerbsminderungsrente ist zu erleichtern.

Die Altfälle sollen den Neufällen gleichgestellt werden. Die Zurechnungszeiten für die Erwerbsminderungsrenten (auch Altfälle) werden auf 65 Jahre verlängert. Erwerbsgemindert ist, wer wegen körperlicher (z.B. Unfall) oder psychischer Erkrankung einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann. Im vorletzten Bundestagswahlkampf wurde den Erwerbsgeminderten eine deutliche Verbesserung ihrer Erwerbsminderungsrente versprochen. Tatsächlich wurde mit dem Rentenpaket 2014 die Zurechnungszeit bei Rentenneuzugängen ab 1. Juli 2014 um zwei Jahre verlängert. Erwerbsgeminderte wurden dabei so gestellt, als hätten sie mit ihrem bisherigen Einkommen bis zum 62. statt wie vorher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet.

Außerdem müssen neben der beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten und den jüngsten Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente in weiteren Schritten ungerechtfertigte Abschläge beseitigt werden. Niemand wird freiwillig erwerbsgemindert.

Währenddessen müssen die Angebote und Möglichkeiten der Prävention und Rehabilitation auch durch die gesetzliche Rentenversicherung ausgeweitet werden, um alters- und altersgerechte Arbeit zu fördern und gesundheitsbedingte vorgezogene Austritte aus dem Erwerbsleben möglichst lange zu verhindern. Dabei ist besonderes Augenmerk auf Maßnahmen gegen den dramatischen Anstieg psychischer Belastungen zu legen.

5) Nur gute Arbeit sichert gute Rente.

Dauerhafte, sozialversicherungspflichtige und gut bezahlte Arbeit kann einerseits individuelle Ansprüche auf eine gute Altersversorgung und andererseits gesunde solidarische Rentenfinanzen sichern. Deshalb streben wir  
350 auch mit Blick auf die Rente Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ohne Prekarität, Niedriglöhne und gebrochene Erwerbsbiografien, mit geschlechtergerechter Erwerbsbeteiligung, mit Arbeits- und Gesundheitsschutz an.

## I Innenpolitik, Justiz und Verfassungsfragen

### Antragsbereich I / Antrag I1

**AntragstellerInnen:** SPD Unterbezirk Nürnberger Land

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

### **I1: Keine Jugendlichen mehr ins Gefängnis, bevor sie rechtlich beraten wurden**

Wir fordern, dass die Pflichtverteidigung in Jugendgerichtsverhandlungen ausgeweitet wird. Hierfür soll § 68 Nr. 5 JGG geändert werden, sodass eine Pflichtverteidiger\*in nicht nur dann notwendig ist, wenn eine „Jugendstrafe (...) zu erwarten“ ist, sondern dann, wenn diese „nicht auszuschließen ist“.

5

#### **Begründung**

Noch wichtiger als im regulären Strafprozess ist die Pflichtverteidigung im Jugendstrafprozess. Dies wird grundsätzlich auch von der bestehenden Rechtslage anerkannt. Diese ordnet die Bestellung einer Pflichtverteidiger\*in generell bei einer zu erwartenden Jugendstrafe oder vergleichbaren Maßnahmen und nicht erst ab einem gewissen Strafraumen, wie es bei Erwachsenen der Fall ist, an.

Dennoch lässt diese Regelung beträchtliche Schutzlücken offen. Im Jugendstrafverfahren wird ein erheblicher Anteil der Prozessgeschäfte den Erziehungsberechtigten angetragen. Jugendliche und Heranwachsende sind faktisch gar nicht betreut, wenn diese, etwa durch eine Sprachbarriere oder mangelndes Vertrauen in die Justizbehörden nicht in der Lage sind, dieser Rolle bestmöglich nachzukommen, oder dies gar nicht wollen.

20

Dies ist gerade bei den ersten Verurteilungen fatal. So können unwissentlich belastende Aussagen, die infolge einer Rechtsberatung so nicht getätigt worden wären, die Wahrscheinlichkeit der Verhängung einer Jugendstrafe in einem späteren Verfahren erhöhen und etwa auch die Chancen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt deutlich verschlechtern. Dies betrifft vor allem Angeklagte, die sich weder selbst, noch durch Erziehungsberechtigte anwaltliche Vertretung leisten können. Abgesehen davon ist eine tatsächliche Verurteilung zu einer Jugendstrafe in einem Verfahren, in dem das Gericht dies vorher nicht „erwartet“ und demnach keine Pflichtverteidiger\*in gestellt hatte, nicht ausgeschlossen und auch in der Praxis nicht unbekannt.

Als Schlussfolgerung muss die Pflichtverteidigung ausgeweitet werden, da nicht alle Erziehungsberechtigte den Anspruch, den das JGG an sie stellt, ausfüllen können oder wollen. Somit werden Jugendliche im Gerichts-

verfahren allgemein besser geschützt und Jugendhaft ohne anwaltliche Beratung illegalisiert. Dies ist möglich, indem eine Ermessensentscheidung des Gerichts unter umgekehrten Vorzeichen in das JGG integriert wird, die Pflichtverteidigung folglich nur dann entbehrlich ist, wenn eine Jugendstrafe auszuschließen ist.

Würden jugendliche Angeklagte demnach zu einer Jugendstrafe verurteilt, ohne je anwaltlich betreut worden zu sein, wäre dies ein Revisionsgrund und nicht wie derzeit „fehlerfreier“ Geschäftsgang vor deutschen Jugendgerichten.

Antragsbereich I / Antrag I2

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft für Arbeit

Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Bundesparteitag Bundestagsfraktion Landtagsfraktion

## **I2: Rechtsextremismus nicht nur auf der Straße, sondern auch in den Betrieben bekämpfen**

Das Förderprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aus dem Innenministerium ist zu erhalten und finanziell aufzustocken.

Das Förderprogramm „betriebliche Demokratiebildung fördern“ des BMAS  
5 wird über das Jahr 2025 hinaus erhalten und finanziell aufgestockt.

Weitere Fördermöglichkeiten für den Kampf gegen Rechts in Betrieben – z.B. für Sozialpartner\*innen, Pausenräume, etc. müssen geprüft, etabliert und idealerweise institutionalisiert werden.

10

### **Begründung**

Demokratieförderung in den Betrieben ist essenziell, um rechtsextreme Tendenzen aufzufangen und zu minimieren. Auch in den Betrieben wird rechtsextremes Gedankengut geteilt und gesellschaftstauglich gemacht.

15 Betriebsrät\*innen, Angestellte, Arbeitgeber\*innen, etc. brauchen Handwerkzeug an die Hand, um rechtsextremen Tendenzen am Arbeitsplatz die Stirn bieten zu können.

Förderprogramme auslaufen zu lassen, wie „betriebliche Demokratiebildung  
20 fördern“ ist kontraproduktiv.

Antragsbereich I / Antrag I3**AntragstellerInnen:** SPD Landesvorstand**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Bundesparteitag

**I3: Die Demokratie ist wehrhaft! Rechtsstaatliche Mittel gegen die AfD nutzen**

Die SPD strebt einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht zur Überprüfung der Verfassungskonformität der AfD an. Die Verantwortlichen der SPD im Bundestag, in der Bundesregierung und im Bundesrat werden aufgefordert, alle hierfür notwendigen Schritte zu ergreifen und entsprechende Anträge zu unterstützen.

**Begründung**

Die Sozialdemokratie steht in einer langen Tradition im Kampf gegen Faschismus und rechte Kräfte. Die SPD war die einzige Partei, die gegen das Ermächtigungsgesetz von Hitler gestimmt hat. Während der NS-Diktatur wurden zahlreiche Sozialdemokrat\*innen ermordet und verfolgt. Unsere Geschichte ist uns nicht nur Mahnung, sondern bestimmt auch unser Handeln in der Gegenwart. Daher ist für uns klar: wenn die Voraussetzungen für einen Prüfauftrag zur Verfassungskonformität der AfD vorliegen, dann muss er beim Bundesverfassungsgericht auch gestellt werden.

Wir gehen davon aus, dass diese Voraussetzungen vorliegen. Die AfD ist eine rassistische, antisemitische und rechtsextreme Partei. Die Nachwuchsorganisation Junge Alternative (JA) gilt als Kadenschmiede der Rechten. Sie ist als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Gleiches gilt für die Landesverbände Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Die Gesamtpartei ist als rechtsextremistischer Verdachtsfall bestätigt.

Die AfD wendet sich gegen zentrale Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung:

Die Würde des Menschen sowie das Diskriminierungsverbot werden durch die AfD, ihre führenden Funktionäre sowie zahlreiche Mandatsträger\*innen und Mitglieder mittlerweile unverhohlen in Frage gestellt. Die Rechte von Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen oder solcher mit nicht heteronormativer Sexualität sollen nach dem Willen der AfD zu Gunsten einer völkisch-nationalen Stärkung eines vermeintlichen Deutschtums beschränkt oder beseitigt werden. Dabei sind immer wieder Bagatellisierungen der monströsen nationalsozialistischen Verbrechen und

35 darüber hinaus auch klare Bekenntnisse zu diesen durch Funktionär\*innen,  
Mandatsträger\*innen und Mitgliedern der AfD zu verzeichnen. Vielfach  
nutzen AfD-Abgeordnete Begrifflichkeiten und Parolen, die verschiedene  
Straftatbestände erfüllen, z.B. §§ 86a, 130 StGB. Jüngst wurde der thürin-  
gische AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Bernd Höcke MdL zwei Mal  
40 für die Nutzung der strafbaren SA-Parole „Alles für Deutschland“ verurteilt.  
Auch darüber hinaus haben ihre Reden oft sehr bewusste und planmäßige  
Bezüge zur Sprache der Nationalsozialisten.

Aufgrund ihrer deutlich erkennbaren verfassungsfeindlichen Bestrebungen  
45 steht die Partei bereits seit längerem unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.  
Mit der Entscheidung des OVG Münster vom 13.05.2024 (Az: 5 A 1218/22) ist die  
Beobachtung der Gesamtpartei als rechtmäßig bestätigt worden. Diese obergerichtliche  
Entscheidung stellt fest, dass aufgrund  
50 der umfassenden Materialsammlung des Bundesamtes für Verfassungsschutz  
hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die  
Funktionäre, Mandatsträger und sonstige Mitglieder der AfD Bestrebungen  
verfolgen, die gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen  
sowie gegen das Demokratieprinzip gerichtet sind.

55 Es liegen nach der Überzeugung des OVG konkrete und hinreichend verdichtete  
Anhaltspunkte dafür vor, dass nach dem politischen Konzept der AfD  
Flüchtlingen und anderen Zuwanderern, deutschen Staatsangehörigen mit  
Migrationshintergrund und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen  
islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder  
60 der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden soll. Die Verknüpfung  
des von der AfD verwendeten „ethnisch-kulturellen Volksbegriffs“ mit einer  
politischen Zielsetzung, mit der die rechtliche Gleichheit aller Staatsan-  
gehörigen in Frage gestellt wird, sei mit der Menschenwürde nicht vereinbar.

65 Es werde zudem deutlich, dass nach Auffassung der AfD Deutsche mit  
Migrationshintergrund keine „vollwertigen Deutschen“ seien und zwischen  
Migranten und Deutschen ein gleichsam unüberwindlicher biologischer,  
abstammungsmäßiger Unterschied bestehe.

70 Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen das Demokratieprinzip  
ergeben sich nach Auffassung des Gerichts aus dem Verächtlichmachen  
staatlicher Institutionen und Amtsträger sowie aus Äußerungen, in wel-  
chen die Demokratie und das parlamentarische System abgelehnt und ein  
gewaltsamer Umsturz befürwortet werden.

75

Im Lichte einer Reihe von investigativen journalistischen Recherchen  
und staatlichen Ermittlungen zeigt sich zunehmend das planvolle und  
entschlossene Vorgehen der AfD gegen die freiheitliche demokratische  
Grundordnung.



80

Bei einer Konferenz in Potsdam Ende 2023 wurden unter Beteiligung zahlreicher AfD-Funktionäre, z.T. aus dem engsten persönlichen Umfeld der Führung der Bundestagsfraktion, Pläne zur millionenfachen „Remigration“ auch von deutschen Staatsbürgern entwickelt, die weit über jeglichen rechtsstaatlichen Rückführungswillen Ausreisepflichtiger hinausgehen. Auch eine Bayerische AfD Abgeordnete nahm an dem Treffen teil.

85

Auch die Verbindungen der AfD zu autoritären ausländischen Regimen ist eine Gefährdung für deutsche Interessen und die Demokratie. Derzeit bestehen zahlreiche Vorwürfe der Annahme von ausländischem Geld und Vorteilsnahme im Gegenzug zu ausländischer Interessenvertretung, etwa gegen die Abgeordneten Petr Bystron MdEP sowie Maximilian Krah MdEP in Bezug auf das verbrecherische russische Regime sowie die Volksrepublik China.

95

Anders als bei der NPD erscheint es nicht völlig aussichtslos, dass die AfD ihre verfolgten verfassungsfeindlichen Ziele tatsächlich erreicht - im Gegenteil! Die Partei vereint bei Wahlen einen nicht nur unerheblichen Stimmenanteil auf sich und ist in Begriff, sich in einigen Bundesländern als stärkste Kraft dauerhaft zu etablieren. Auf kommunaler Ebene stellt die AfD bereits vereinzelt kommunale Wahlbeamte. Bei den ostdeutschen Kommunalwahlen wurden jüngst eine Vielzahl von AfD-Vertreter\*innen in die kommunalen Räte gewählt.

100

Die AfD ist damit eine Gefahr für unsere Demokratie. Die Überprüfung ihrer Verfassungskonformität zu beantragen ist daher keine Maßnahme gegen einen politischen Mitbewerber, sondern eine Intervention zum Schutz unserer Demokratie. Die Mittel und Wege des Grundgesetzes zu einer wehrhaften Demokratie müssen genutzt werden, wenn sie in Gefahr ist.

105

Es ist Zeit zu handeln und wir fordern alle demokratischen Kräfte auf sich uns anzuschließen.

110

## W Wirtschaft, Finanzen und Entwicklungszusammenarbeit

### Antragsbereich W / Antrag W1

**AntragstellerInnen:** Arbeitsgemeinschaft für Arbeit

Bayern

**Empfänger:** Kl. Landesparteitag

Landtagsfraktion

### **W1: Zusammenhalt und Zukunft eine Chance geben: 111 Milliarden für die 2030er Jahre und ein neues Bündnis für Handwerk und Industrie**

- Die bayerische Wirtschaft braucht ein Update. Gemeinsam mit allen kommunalen Ebenen, der Wissenschaft und den Gewerkschaften müssen die wichtigsten Engpässe und Zukunftsperspektiven für die Weiterentwicklung der bayerischen Industrie und des bayerischen Handwerks identifiziert werden.
- 5 Industrie und Zulieferer, Handwerk einschließlich der energieintensiven Betriebe, Mobilitätsunternehmen samt den erforderlichen Infrastrukturen, vor allem aber die aktuellen und zukünftigen Beschäftigten müssen gemeinsam erfolgreich in die 2030er Jahre kommen.
- 10 Wir müssen in Bayern alles in die Waagschale werfen, um die Wirtschaft und Arbeitsplätze wieder nach vorne zu bringen. Mit einem Sondervermögen der Bayerischen Staatsregierung in Höhe von 111 Milliarden Euro schaffen wir bis 2030 die Grundlage für Starthilfen, für strategische Partnerschaften in Wirtschaft und Wissenschaft und für die Bewältigung der konkreten
- 15 Transformationskosten in Handwerk und Industrie. Eine entscheidende Rolle muss dabei eine mit den Gewerkschaften erarbeitete Garantie für Gute Arbeit, Aus- und Weiterbildung spielen. Die Leistungen und Chancenvergabe erfolgt durch einheitliche, trägerübergreifende Beratungsstellen angesiedelt bei den Transformationsräten in und für ganz Bayern als auch
- 20 durch digitale Antragsstellung für alle, die in Bayern Zukunft möglich machen. Die zusammenhanglosen Linien der Wirtschaftspolitik der Staatsregierung, insbesondere der Hightech Agenda Bayern, des Digitalplan Bayerns und der widersprüchlichen Förderprogramme von BayernLB bis BayernInvest müssen bis Januar 2025 in einem unbürokratischen Bündnis
- 25 für Industrie und Handwerk zusammengebracht werden. Wir fordern: statt 100 Söder-Sonderprogrammen 1 Bündnis für Industrie und Handwerk! Die Vergabe sämtlicher Mittel ist dabei an Standortgarantien, betriebliche Mitbestimmung und Arbeitsbedingungen nach Flächentarifverträgen zu binden.
- 30 Wir sind stolz auf die Tradition von Handwerk und Industrie in Bayern. Wir stehen ein für all die Betriebe Bayerns, die in der Transformation

ihre Verantwortung ernst nehmen. Wir stehen für die Zukunft unseres Handwerks und unserer Industrie. Deswegen schaffen wir die Rahmenbedingungen, damit Bayern Industrieland und Heimat für das Handwerk bleibt. Der Umbau von Anlagen, die Entwicklung neuer Geschäftsfelder und die Neubegründung von Industrien der Kreislaufwirtschaft brauchen Zuversicht, Begeisterung und höchste Qualifikation auf allen Ebenen, von anspruchsvollsten Reparaturen im Handwerkerhof bis zur internationalen Forschung im Rechenzentrum. Die Grundlage für zukunftsfeste Traditionsbetriebe und robuste Startups sind qualifizierte Beschäftigte mit rechtlich garantierter Beteiligung am Nachdenken, am Entscheiden und am Erfolg. Das bayerische Bündnis für Handwerk und Industrie leistet seine Förderungen, Investitionen und Garantien überall da, wo Stakeholder und Beschäftigte Bündnispartner\*innen sind. Das sind Gewerkschaft, Betriebsrat und Aufsichtsrat. Das sind auch kreative Projektarbeitsverträge. Das sind auch regionale oder branchenbezogene Kooperationen von Unternehmen, Beschäftigten, Gemeinden, Arbeitsverwaltung und Bildungswesen. Teil des Bündnisses sind aber immer auch betriebliche oder überbetriebliche transparente, zertifizierte und qualitativ hochwertige Qualifizierungsangebote im Rahmen eines entsprechend ausgestatteten Aus- und Weiterbildungsfonds.

Das Fundament für den Neustart von Industrie und Handwerk in Bayern wird gegossen in funktionierende Infrastruktur und Daseinsvorsorge von Kinderbetreuung über das Bildungssystem, Gesundheitsversorgung, bezahlbaren Wohnraum, Familienfreundlichkeit bis zur Mobilität.

### **Begründung**

Weit über die gewerkschaftsnahen Wirtschaftsinstitute hinaus, bis hin zu Unternehmensverbänden und Sachverständigenräten, warnen Expert\*innen kurz- und mittelfristig vor einer weitergehenden Rezession. Auf internationaler Ebene droht nach der Solarindustrie auch die Windindustrie in Deutschland zu scheitern. Selbst bayerische Traditionsunternehmen bauen Werke in Ungarn und Nordafrika, Hochtechnologie-Unternehmen verlagern qualifizierte Arbeitsplätze in die BRICS-Staaten und Südostasien. Die IG Metall als europäische Leitgewerkschaft fordert für Deutschland ein Sondervermögen in Höhe von bis zu 600 Milliarden Euro um die Transformation zu bewältigen. Der bayerische Anteil am Bruttosozialprodukt von 18,5% muss sich in diesen Anstrengungen für eine lebensfähige Wirtschaft mit ihren beiden Kernen Industrie und Handwerk spiegeln. Diese Anstrengungen tragen Früchte in der Form von lebenswerten Arbeitsplätzen, von denen aus die Kolleg\*innen sich selbst, ihre Kreativität und ihr Wissen einbringen. Der Grundstein für diese Art von Arbeitsplätzen ist eine gelebte und lebendige Kultur der Mitbestimmung und Kooperation, die Neues ausprobiert und alte Erfahrungen weiterträgt.

---

Antragsbereich W / Antrag W2

**AntragstellerInnen:** *Arbeitsgemeinschaft für Arbeit  
Bayern*

**W2: Kein Verkauf von staatlichem Eigentum zum Stopfen von Haushaltslücken - soziale Kriterien beim Verkauf von DB Schenker achten**

Eine hoch rentable Tochter der Deutschen Bahn steht zum Verkauf und viele tausend Arbeitsplätze sind davon betroffen.

- 5 Wir fordern einen sofortigen Privatisierungsstopp. Beim geplanten Verkauf von Schenker und anderen Anteilsverkäufen wie beispielsweise bei Post und Telekom geht es um die Folgen der Schuldenbremse. Um die dringend notwendige Sanierung des Netzes der Deutschen Bahn finanzieren zu können, wird statt einer Investitionsoffensive für Transformation und Infrastruktur erneut öffentliches Eigentum in die Hände privater Investoren gelegt.
- 10 Sollte sich der Verkauf von Schenker nicht mehr verhindern lassen, fordern wir die Bundesregierung auf, bei der Vergabe soziale Kriterien verbindlich festzulegen.
- 15 Bei DB Schenker sind Betriebsräte, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie Schwerbehindertenvertretungen die Regel. Zudem befindet sich das Unternehmen in der Tarifbindung bei den jeweiligen Flächentarifverträgen mit ver.di.
- 20 Die Betriebliche Mitbestimmung sowie die Tarifbindung muss von einem Käufer übernommen und unbefristet weiter gewährleistet werden. Die Beschäftigten dürfen weder ihren Arbeitsplatz verlieren noch finanzielle Einbußen erleiden.
- 25 Es darf nicht nur das höchste Angebot über den Verkauf entscheiden, sondern das günstigste auch für uns als Gesellschaft. Die SPD muss glaubwürdig für Mitbestimmung, Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen stehen.

